5. Die Ostermarsch-Bewegung

Entstehung des Ostermarsches (79)

Obwohl die beiden Großorganisationen DGB und SPD den massenhaften Protest vieler Menschen in der Kampagne „Kampf dem Atomtod" abgewürgt hatten, wollten sich viele ernsthafte Atomwaffengegner nicht von ihrem Widerspruch gegen die schrecklichen Atomwaffen abbringen lassen. Enttäuscht von dem von Taktik bestimmten Verhalten dieser traditionell eher oppositionellen Großorganisation kam bei vielen Menschen die Erkenntnis, daß sie sich selbst mit ihrer Person einbringen müssen, um ihren Protest wirkungsvoll durchführen zu können. Aus dieser Erkenntnis heraus riefen die Hamburger Lehrer Hans-Konrad Tempel und Helga Stolle zusammen mit Freunden zu einem Ostermarsch zu dem Raketen-Übungsgelände Bergen-Hohne auf.
Der erste Anstoß dazu kam aus Großbritannien, wo die "Campaign for Nuclear Disarmament" (CND) seit 1958 jährlich den Adlerston-Marsch unternahm. Dieser Marsch wurde von Karfreitag bis Ostermontag von dem britischen Atombombenzentrum Adlermaston aus in das 80 Kilometer entfernte London durchgeführt. CND gewann vor allem unter jungen Menschen, in den Gewerkschaften und der Labour-Party rasch breiten Einfluß und wurde zu einem politischen Faktor auf der britischen Insel.

Hans-Konrad Tempel hatte 1959 beim Adlerston-Marsch teilgenommen und die Idee mitgebracht, ähnliches auch in der Bundesrepunlik durchzuführen. Der erste Ostermarsch der BRD im Jahre 1960 blieb noch auf Norddeutschland beschränkt. Organisatorisch wurde er von verschiedenen Gruppen des „Verbandes der Kriegsdienstverweigerer" (VK), der „Internationale der Kriegsdienstgegner" (IdK) und der „Deutschen Friedensgesellschaft" (DFG) getragen.
Ziel dieses ersten Marsches war ganz allgemein Widerstand „gegen atomare Kampfmittel jeder Art und jeder Nation", wie es im Aufruf hieß. Die Teilnehmerzahl war noch recht klein: Einige Hundert waren mitmarschiert, 1000 nahmen an der Schlußkundgebung teil.
Obwohl dieser erste Marsch von den Medien kaum beachtet wurde, fand die Ostermarsch-Idee doch ein großes Echo. So beteiligten sich bereits 1961 Tausende von engagierten Bürgern an den Märschen, die in fast allen Teilen der Bundesrepublik durchgeführt wurden.
Eine Reihe bedeutender Persönlichkeiten, darunter Stefan Andres, Dr. Heinz Kloppenburg, Prof. Dr. Johannes Ude, Prof. Dr. Hellmut Gollwitzer, Dr. Robert Jungk, Dr. Erich Kästner, Dr. Bodo Manstein, Earl Bertrand Russe, Robert Scholl u.a. stellten sich für ein Kuratorium des Ostermarsches zur Verfügung. Außerdem unterstützten große Organisationen wie die Kriegsdienstverweigererverbände, die Naturfreunde-Jugend und die Falken diese Kampagne.
Warum gerade die Aktionsform des Ostermarsches bevorzugt wurde, erklärt Andreas Buro, der zunächst Geschäftsführer, ab 1964 dann Sprecher der Kampagne war, folgendermaßen (80): Die Atombombe, die eine Herausforderung an alle Menschen ist, war als solche nicht unmittel greifbar. Deshalb wurde sie in erster Linie von denen aufgegriffen, die mit den Werten der bürgerlichen Gesellschaft zu tun haben: Lehrer, Wissenschaftler, Pfarrer, etc. Da sie jedoch bei ihrem Kampf gegen die Bombe auf die „bürgerliche Öffentlichkeit", d.h. die Medien nicht zurückgreifen konnten, blieb den Protestierenden „also nur die Möglichkeit, ihre eigene Person als Mittel der öffentlichen Aufklärung und moralischen Auseinandersetzung ins Spiel bringen. Ihr Einsatz mußte ihre Ernsthaftigkeit dokumentieren." (81)
Der Ostermarsch war gut dazu geeignet, durch eigene Opfer zu beeindrucken. Mit diesem Opfer wollte man dadurch Zeichen setzen, daß man über die Osterfeiertage vier Tage lang marschierte. Für dieses Zeichen war es dann auch nicht so ausschlaggebend, wenn man durch wenig belebte Landschaft marschierte bzw. marschieren mußte – die Marschroute durch Städte wurde zum Teil verboten – und kaum Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erreichen konnte.

Die feste Absicht, ein Zeichen zu setzen, erklärt u.a. die strenge Disziplin, die die Organisatoren von den Marschteilnehmern verlangten. Diese Disziplin beinhaltete Opferbereitschaft, Würde und Geschlossenheit des Auftretens – damit wollte man beeindrucken. Das bedeutete, daß es ein Marsch von Einzelnen sein mußte, um Organisationen mit ihren je speziellen Programmen herauszuhalten, die mögliche Kontroversen untereinander hervorgerufen hätten. Diese Regelung hing aber auch eng damit zusammen, daß die Organisatoren des Ostermarsches alles vermeiden wollten, was einen Angriffspunkt für den Vorwurf der kommunistischen Unterwanderung des Ostermarsches geboten hätte. Nach dem Ostermarsch im Jahre 1961 stellte sich verstärkt die organisatorische Frage. Mit dem Ostermarsch wollte man sich „an alle" wenden, damit „aus einer entschiedenen Minderheit eine kraftvolle Mehrheit – zum Segen aller Völker" (82) werde. Deshalb wurde öffentlich eingeladen. Jeder konnte sich beteiligen, ohne irgendwo Mitglied werden zu müssen. Allerdings benötigten die Märsche einen erheblichen Aufwand an organisatorischer Arbeit. Dafür wurden eine Reihe von Gremien eingerichtet, die auf verschiedenen Ebenen die Ostermärsche koordinierten. Der „Zentrale Ausschuß" (ZA) bildete das Führungsgremium auf Bundesebene. Diesem „Zentralen Ausschuß" gehörten an: 1. Der Sprecher (von 1960-64 Hans-Konrad Tempel, dann Andreas Buro), 2. der Geschäftsführer (zunächst Andreas Buro, ab 1965 Klaus Vack), 3. je zwei, ab Oktober 1961 je drei gewählte Vertreter der Regionalen Ausschüsse, 4. je ein Mitglied der befreundeten Organisationen und 5. sämtliche Mitglieder des Kuratoriums.
Bis zum Juni 1962 wurden vom „Zentralen Ausschuß" als befreundete Organisationen anerkannt: Naturfreunde Jugend, „Komitee gegen Atomrüstung (München), „Kampfbund gegen Atomschäden", Kirchliche Bruderschaften, Internationale der Kriegsdienstgegner, Verband der Kriegsdienstverweigerer, Deutsche Friedensgesellschaft, Internationaler Versöhnungsbund, Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS), die Quäker und der Internationale Studentische Arbeitskreis der Kriegsdienstgegner. 1968 kamen hinzu: Sozialistischer Lehrerbund, Liberaler Studentenbund Deutschlands (LSD), Humanistische Studenden Union und Aktionsausschuß Unabhängiger Sozialistischer Schüler. Die Aufnahmeanträge folgender Organisationen wurden vom „Zentralen Ausschuß" abgelehnt: Gesamtdeutsche Arbeitsgemeinschaft, Deutsche Jugendgemeinschaft, Westdeutsche Frauenfriedensbewegung, Vereinigung Unabhängiger Sozialisten, Friedensräte der BRD und Deutscher Freidenker-Verband. Der Ablehnungsgrund war in der Regel nachgesagte, vermutete oder offensichtliche Nähe zur verbotenen KPD.
Bemerkenswert ist, daß sich im „Zentralen Ausschuß" das Entscheidungsprinzip durchsetzte, kontroverse Fragen nicht durch Mehrheitsbeschlüsse zu entscheiden. Gab es bei einer Abstimmung eine Minderheit, so wurde diese Abstimmung nur als Meinungstest angesehen. Es wurde solange weiterdiskutiert, bis einmütig beschlossen werden konnte. So konnte der Gefahr begegnet werden, durch Mehrheitsbeschlüsse eine Spaltung der Kampagne herbeizuführen.
Neben dem „Zentralen Ausschuß" gab es noch als Unterglie-

derungen die Regionalausschüsse und örtliche Ausschüsse. Weitere Untergliederungen waren der Arbeitsausschuß, Fachreferate, Fachausschüsse, Redaktion „Pressedienst" und „Informationen zur Abrüstung". Politische Erklärungen durften aber nur durch den „Zentralen Ausschuß" abgegeben und Drucksachen durch die örtlichen Ausschüsse nur nach Genehmigung durch die Regionalausschüsse hergestellt werden. Auch hierfür kann man wohl den strengen – taktisch bedingten – Antikommunismus als Grund ansehen. Hier wird deutlich, daß starker Zentralismus praktiziert wurde. Obwohl die Organisation der Ostermarsch-Bewegung in relativ starkem Maße „von oben" erfolgte, kann man diese Bewegung dennoch als eine Basisbewegung ansehen, weil ihr außerparlamentarischer Protest erstmals außerhalb und teilweise gegen die etablierten Großorganisationen zustandekam. Außerdem waren die „Oberen" im „Zentralen Ausschuß" natürlich grundsätzlich auf die Zustimmung und aktive Beteiligung möglichst vieler Menschen angewiesen. So kann Andreas Buro dieser Organisationsform einige sehr positive Aspekte abgewinnen: Da die Organisatoren nicht gewählt waren, konnte ihre Legitimation nur darin bestehen, daß sich möglichst viele Menschen an den Märschen beteiligten und somit zum Ausdruck brachten, daß sie den vorliegenden politischen Aussagen zustimmten. Im Gegensatz zu Mitgliederorganisationen, die auch bei geringer Aktivität bei vielen passiven Mitgliedern weiterexistieren können, war bei dieser Organisationsform ein Zwang zu aktivem Bemühen um das Engagement von möglichst vielen geradezu eingebaut. „Der Ostermarsch lebte durch die Aktion oder er lebte nicht. Dies hatte für die Organisatoren den Zwang zur Folge, sich immer wieder am Bewußtsein der Basis zu orientieren, also selbst auch ständig zu lernen. Die Grundstruktur der Ostermarsch-Bewegung vermied so eine entscheidende Blockade für Massenlernprozesse: Es gab keine avantgardistische Kader, die wie Lehrer in der Schule das richtige Lernergebnis schon kannten und die Massenbewegung im Sinne eines Vorfeldes dieser 'Avantgarde' nur mehr oder weniger offen zu diesem Ergebnis steuerten. Beim Ostermarsch waren Organisatoren selbst in den gemeinsamen Lernprozeß eingebunden. Das Lernen aus eigenen Erfahrungen erzeugte überhaupt erst die Bereitschaft zum selbsttätigen Lernen auf breiter Basis." (83)
Ein weiteres sehr wichtiges Merkmal der Ostermarsch-Bewegung war, daß sich nach anfänglichem akademischen Übergewicht im Laufe der Zeit Menschen aller Bevölkerungsschichten an den Aktionen und Kundgebungen beteiligten.

Verlauf der Bewegung

Nachdem der Ostermarsch im Jahre 1961 von der Teilnehmerzahl her relativ erfolgreich war, wurde die Kampagne für viele politische Kräfte interessant. Dies brachte verschiedene Probleme mit sich, da nun auch Bestrebungen einsetzten, den Ostermarsch verstärkt in die eine oder andere Richtung zu lenken.
Neben der SPD versuchte die Deutsche Friedens-Union (DFU), die 1960 nach dem Kurswechsel der SPD („Godesberger Programm") gegründet worden war, Einfluß auf die Ostermarsch-Bewegung zu erlangen. Sie sah sich als die Partei der oppositionellen Kräfte an. In ihr fanden sich nach eigener Darstellung zusammen: „Christen, denen ihr Glaubensgehorsam befiehlt, die Atomwaffen als Sünde wider Gott und seine Schöpfung zu erklären; Sozialisten, die aus Gründen politischer Vernunft und Ethik die Anwendung militärischer Gewalt im Atomzeitalter grundsätzlich verwerfen; liberal denkende Menschen, die wissen, daß Freiheit, Demokratie und Wohlstand nur im Frieden gedeihen; Konservative, die das gute Erbe unserer deutschen Vergangenheit nicht erneut gefährden lassen wollen." (Gründungsaufruf)
Die DFU wollte sich als parlamentarischer Arm der Ostermarsch-Bewegung verstanden wissen und versuchte natürlich entsprechend, die Ostermarschierer hinter sich zu bringen. Doch die Kampagne ließ sich nicht auf eine Partei festlegen. Mit einer solchen Festlegung wäre vermutlich die Entfaltung einer oppositionellen außerparlamentarischen Sammelbewegung von Menschen mit recht unterschiedlicher Herkunft und Einstellung – Pazifisten, Humanisten, Christen, Sozialisten, Kommunisten – nicht möglich gewesen. Bei dem äußerst vielfältigen Hintergrund der Beteiligten des Ostermarsches war eine Weiterentwicklung ohnehin nur möglich, wenn die Fähigkeit und die Bereitschaft zum Kompromiß zwischen den verschiedenen Vorstellungen vorhanden war.
Ein weiterer Grund dafür, warum die DFU keine größere Basis fand, bestand darin, daß sie vielfach als „kommunistische Tarnorganisation" galt. So nimmt es kein Wunder, daß sie an der Fünf-Prozent-Hürde der Bundestagswahlen scheitern mußte. Mit nur 1,9 Prozent bei den Wahlen 1961 erreichte sie noch ihr bestes Ergebnis. Nach noch schwächerem Abschneiden 1965 ging sie für die Wahlen 1969 in der „Aktion Demokratischer Fortschritt" ein Wahlbündnis mit der neugegründeten DKP ein. Nachdem es hier nur 0,6 Prozent der Stimmen gab, stellte sich die DFU keiner Bundestagswahl mehr.



Die Bewegung „Ostermarsch der Atomwaffengegner" wechselte insgesamt dreimal ihren Namen. Im Jahre 1962 wurde der Name erweitert, so daß er „Ostermarsch der Atomwaffengegner – Kampagne für Demokratie und Abrüstung" lautete. 1963 wurde daraus „Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner" und schließlich 1968 „Kampagne für Demokratie und Abrüstung". Hinter jeder Umbenennung stand auch eine neue Etappe einer internen Meinungs- und Willensbildung, in der jeweils die Aussagen politisch konkreter gefaßt und gleichzeitig das gesellschaftliche Umfeld und seine Strukturen stärker in das Blickfeld gerückt sind.
Gegenüber der anfänglich rein moralischen Begründung – allerdings wurden auch schon hier in Aufrufen und Reden Argumente angeführt, die heute noch zum größten Teil ihre Gültigkeit besitzen (Dokument A) – fand eine Entwicklung hin zu einer konkreten Politisierung statt. Dies spiegelt sich u.a. im Wandel der jährlichen Ostermarsch-Aufrufe wider. War 1960 ganz allgemein von einem Widerstand „gegen atomare Kampfmittel jeder Art und jeder Nation" die Rede, so wurde 1963 u.a. gefordert, daß keine Atomwaffen auf deutschem Boden stationiert werden, keine deutsch-französische Atomwaffenproduktion stattfinden dürfe und es Verhandlungen über eine atomwaffenfreie, militärisch verdünnte Entspannungszone in Mitteleuropa geben müßte.
Diese konkretere Politisierung wird auch aus den hier abgedruckten „Grundsätzen des Ostermarsches der Atomwaffengegner" von 1962 (Dokument B) und dem „Aufruf zum Ostermarsch 1965" (Dokument C) deutlich.
Ab 1965 erhielt die außerparlamentarische Opposition eine neue Dimension. Vor allem der Vietnamkrieg und die Notstandsgesetzgebung führten zu verschärften politischen Konfrontationen in der Bundesrepublik. Neben der „Kampagne für Abrüstung" entwickelte sich der „Sozialistische Deutsche Studentenbund" (SDS) „als Zentrum einer sozialrevolutionären Studentenbewegung." (84) Außerdem bildete sich 1966 ein Kuratorium „Notstand der Demokratie", das Massenproteste gegen die geplante Notstandsgesetze organiserte. Im Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung beteiligten sich auch wieder mehrere Einzelgewerkschaften – diesmal sogar gegen die Politik der SPD.
Ab diesem Zeitpunkt standen also bei der außerparlamentarischen Opposition – bald auch APO genannt – nicht mehr nur die Probleme der Abrüstung und der Gefahren der atomaren Rüstung im Mittelpunkt, vielmehr erweiterte sich das Blickfeld erheblich: Rüstung und Abrüstung wurden nun auch unter Berücksichtigung politisch-ökonomischer Grundlagen diskutiert: Probleme der Demokratisierung traten in den Vordergrund; viele Studenten radikalisierten sich unter dem Einfluß des SDS zur anti-kapitalistischen Opposition.
Dies alles hatte auch Folgen für das Selbstverständnis der Kampagne. „Ihre Umwandlung sowohl eines gesellschaftskritisch geschärften Problembewußtseins, der Anpassung an die veränderte politische Situation, als auch zugleich der Versuch, der Kampagne Koordinationsfunktionen zu erhalten und das sich differenzierende APO-Potential auf einer erweiterten politischen Plattform neu zu stabilisieren." (85)
Die Ostermarsch-Bewegung hatte sich inzwischen zu einer Massenbewegung entwickelt. Die folgenden Zahlen verdeutlichen dies:

Jahr	Veranstaltungen	Marsch- und Kundgebungsteilnehmer
1960	nicht ermittelt	1 000
1961	nicht ermittelt	23 000
1962	nicht ermittelt	50 000
1963	130	50 000
1964	280	100 000
1965	300	130 000
1966	600	145 000
1967	800	150 000

Durch die erheblich gestiegene Zahl der Marsch- und Kundgebungsteilnehmer verlor auch die interne Auseinandersetzung um die Abgrenzungsproblematik ggenüber Kommunisten ihre Schärfe.
Die gestiegenen Teilnehmerzahlen waren, neben anderen Faktoren, ein Verdienst von verbesserten Kommunikationsstrukturen, die ab 1964 durch Mitarbeitertreffen und „Rundbriefe" bestanden. Diese Erweiterung der Kommunikationsformen ermöglichte es, daß die individuellen Erfahrungen der einzelnen Teilnehmer zu einem kollektiven Lernprozeß werden konnten. Dieser kollektive Lernprozeß wiederum ließ die Einbeziehung neuer Problembereiche wie Vietnamkrieg, Notstandsgesetzgebung, Springerpresse und die Thematisierung sozioökonomischer Strukturprobleme zu, ohne daß bei den Kampagne-Gruppen ein Mitarbeiterschwund eingesetzt hätte. Und so wurde es möglich, daß sich der Kreis der Teilnehmer und Unterstützer durch die Aufnahme neuer Problembereiche erweiterte.
Nach der Erschießung des Berliner Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 beschloß der „Zentrale Ausschuß", die Kampagne werde sich als weiterführende Aktion der Forderung nach einer Entmachtung des Springer-Konzerns anschließen und die Zusammenarbeit von Kampagne und Studentenschaft auch auf örtlicher Ebene verbessern. Die Kampagne hatte sich durch diese Koalition mit der sozialistischen und linksliberalen Studentenopposition und ihrer Forderung nach einer Entmachtung Springers nun auch „inhaltlich zu einer Konzeption struktureller gesellschaftlicher Demokratisierung bekannt." (86) Aber auch in der Folgezeit versuchte die Kampagne, den Zusammenhang zwischen dieser Forderung und dem Ziel der Abrüstung zu verdeutlichen.
An Ostern 1968 wurde ein Mordanschlag auf einen der Wortführer der Studenten, Rudi Dutschke, verübt, der dabei schwer verletzt wurde. Da die APO den ideologischen Hintergrund für dieses Verbrechen in der Hetzkampagne der Springer-Presse sah, fanden in zahlreichen Städten der Bundesrepublik Demonstrationen vor Gebäuden dieses Verlages statt. Der Ostermarsch desselben Jahres trat dagegen in den Hintergrund. An den Orten, an denen er überhaupt stattfand, wurde er zu einer Anti-Springer-Aktion umfunktioniert. Dieses Ereignis macht die Angleichung der Kampagne und des SDS deutlich.

Aktionsformen

Die jährlich stattfindenden Ostermärsche waren von Anfang an die wichtigste Aktionsform. Dabei gab es parallel zur steigenden Teilnehmerzahl auch eine Steigerung in der Zahl der Märsche: Während 1960 erst ein Marsch veranstaltet wurde, waren es 1961 vier, 1964 bereits 20 Märsche in neun Zentren.
1962 fanden beispielsweise folgende Märsche statt:
- von Bergen-Hohne nach Hamburg, Bremen und Hannover;
- von Kiel und Lübeck nach Hamburg;
- von Bremerhaven nach Bremen;
- von Braunschweig, Göttingen und Detmold nach Hannover;
- von Duisburg über Essen, Bochum nach Dortmund;
- von Gießen, Hanau, Mannheim und Saarbrücken nach Frankfurt;
- von Göppingen und Bietigheim nach Stuttgart;
- von Fürstenfeldbruck nach München;
- von Weißenburg nach Nürnberg.

Die zurückgelegten Strecken lagen hierbei zwischen 40 und 110 Kilometern – in späteren Jahren waren sie dann kürzer. Vielen war ein Marsch über vier Tage eine zu große Strapaze und wirkte somit auch abschreckend. Es wurde vielfach die Meinung vertreten, zwei Tage würden auch genügen und daß es doch besser sei, wenn nur an einem Tag marschiert würde. Außer an Marschdauer und -länge wurde auch an Klampfen und Fahrtenliedern Anstoß genommen, die als Verniedlichung des ernstgemeinten Marsches empfunden wurde.
Im Herbst 1961 wurde vom „Zentralen Ausschuß" dann als Kompromiß beschlossen, daß die Märsche mindestens zwei Tage dauern sollten. Ab 1963 setzte sich die Auffassung durch, daß die Ostermärsche singende und farbenfrohe Demonstrationen sein sollten. Für Heribert Faller, Mitglied des „Zentralen Ausschuß", wurde damit eine neue Lebenseinstellung zum Ausdruck gebracht: „Unser Marsch ist nicht allein Demonstration gegen den Krieg; er ist eine Demonstration für das Leben.

Daher die vielen jungen Menschen, die das Leben noch vor sich haben. Sie haben ihre Instrumente mitgebracht, ihre Lieder und ihre Skepsis gegen die verstaubten Ideale von gestern." (87)
Außer den jährlichen Ostermärschen kamen ab 1961 neue Schwerpunkte des Protestes hinzu: Am 6. August (erster Atombombenabwurf im Jahr 1945 auf Hiroshima) und am 1. September (1939 Überfall der deutschen Truppen auf Polen – Beginn des Zweiten Weltkrieges) wurden Demonstrationen und Mahnwachen durchgeführt. Auf andere wichtige Ereignisse reagierte die Kampagne ebenfalls mit verschiedenartigen Aktionen.

Überhaupt ist es überraschend, welche vielfältigen Aktivitäten im Laufe der Jahre von der Ostermarsch-Bewegung entwickelt wurden, wenn man bedenkt, daß die ersten Ostermärsche zur „Hochzeit des Kalten Krieges" (Buro) stattfanden. Wenn man sich weiter vergegenwärtigt, daß gleichzeitig die hierarchischen und autoritären Strukturen und Bewußtseinsformen in der bundesdeutschen Gesellschaft fast uneingeschränkt dominierten, muß man wohl von einer regelrechten kulturrevolutionären Revolution sprechen, welche die Aktivitäten der Ostermarsch-Bewegung im Laufe der Zeit annahmen (88): Waren schon Demonstrationen in kleinen Gruppen anstelle der anonymen Massendemonstrationen, die in der Tradition der Arbeiterbewegung standen, bis zu dieser Zeit unüblich, so hatten erst recht Aktionsformen, die aus angelsächsischen Ländern übernommen wurden, in der Bundesrepublik so gut wie keine Vorläufer (wenn man von vereinzelten Aktionen der Wiederbewaffnungsgegner einmal absieht): Es wurden gewaltlose Sitzstreiks und Mahnwachen durchgeführt, die eine ständige Offenheit aller geplanten Aktionsschritte zum Grundprinzip hatten.
Bald wurde beim Ostermarsch auch das international verbreitete Zeichen verwendet. Wichtig bei diesem Symbol war wohl, „daß mit ihm eine gewisse Militanz und Hartnäckigkeit assoziiert werden konnte" (Buro), und daß es politische Selbständigkeit zum Ausdruck brachte. Das Ostermarsch-Zeichen wurde dann außer auf Flugblättern, Plakaten, Transparenten und Sandwiches auch auf Luftballons, Fähnchen, Ansteckplaketten, Autoaufklebern und Tücher aufgedruckt.
Kurze Slogans, wie „Statt Atomwaffen: Brot für die Welt", „Widerstand gegen Atomwaffen jeder Nation", „Ausbildung an Atomwaffen = Ausbildung zum Massenmord", „Keine Atomwaffen auf deutschem Boden", „Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie", „Ohne kleine Leute keine großen Kriege" und viele andere waren selbst für solche Passanten einprägsam, die nicht stehenblieben. Diese Slogans waren bald auf allen möglichen Gegenständen zu finden, die die Ostermarschierer verbreiteten.
Da die Medien über die Ostermärsche zunächst fast gar nichts und später eher über Randerscheinungen als über Inhalte berichteten, überlegte man sich bei der Kampagne, wie die Bevölkerung direkt erreicht werden könnte. So wurden viele Menschen auf der Straße und zu Hause um Unterschriften gebeten – natürlich auch in der Absicht, Gespräche zu führen. Eher provozierend war aber die Herausgabe eines Extra-Blattes, das wie eine Boulevardzeitung aufgemacht war, sowie der „Bald-Zeitung" (Bald von Bild).
Später, als gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze gekämpft wurde, verteilte man beispielsweise einen Brief „An alle Haushaltungen", in dem im Namen des „Bezirksamtes für Verkehrssicherstellung" über die Beschlagnahme des Autos des Empfängers verfügt wurde.
Außer diesen provozierenden Schriften wurden aber stets auch Argumentations- und Informationshilfen herausgegeben. So von 1963 bis 1969 die Zeitschrift „Informationen zur Abrüstung", die eine durchschnittliche Auflage von rund 3 000 Exemplaren hatte.
Des weiteren wurden viele Bild- und Textdokumentationen veröffentlicht. Ernsthafte Argumentationen wurden auch durch Leserbriefe, Flugblätter, Textanzeigen, Schautafeln, Diskussionsforen und anderes mehr zu vermitteln versucht. Durch die Altersverschiebung der Teilnehmer – es nahmen mit der Ausweitung der Ostermarsch-Bewegung immer mehr Jugendliche teil – wurden zudem neue Momente einer politischen Kultur gefördert. So wurden große Kulturveranstaltungen mit Musik, politischen Gedichten, politisch-satirischen Darstellungen und mit Reden durchgeführt. Dabei entdeckte man auch langsam die jahrhundertealte demokratische Tradition politischer Lieder wieder – die durch den Mißbrauch des Volksliedes im „Dritten Reich" abgerissen war. Nachdem zuerst anglo-amerikanische Folk-Songs als musikalische Vorlagen für aktuelle Texte dienten, knüpften Liedermacher des Ostermarsches später wieder an die demokratische deutsche Liedtradition an. So entstanden dann Liederbücher und sogar Schallplatten mit Ostermarsch-Liedern.



Einen guten Einblick in die Liedermacherkultur der Ostermarsch-Bewegung gibt der Rückblick der Sängerin Fasia Jansen. (Dokument D)
Festhalten läßt sich, daß die Ostermarsch-Bewegung der Beginn einer neuen demokratischen Liedkultur in der Bundesrepublik wurde.
Andere Aktivität der Kampagne waren Auto-Korsos und Fahrrad-Kolonnen, Feldgottesdienste, Ostermarsch-Bälle und Laientheater, „Tag-und-Nacht-Wachen" vor der US-Botschaft. Weiter wurden beispielsweise tragbare Litfaßsäulen hergestellt, Plakate geklebt und Kino-Dias vorgeführt.
Um ein Grundprinzip all die Jahre durchhalten zu können – die finanzielle Unabhängigkeit – war es Voraussetzung, daß Aktionen sich selber tragen mußten. Das bedeutete, daß Materialien nicht verschenkt, sondern nur verkauft wurden. Andere Finanzierungsmöglichkeiten waren der Vertrieb von Ansteckplaketten, Auto- und Briefaufklebern, Postkarten, Ostermarsch-Kalendern, Kugelschreiber, Informationsmaterialen – damals, im Gegensatz zu heute, keine Selbstverständlichkeit. Künstler stellen ihre Arbeiten kostenlos für Auktionen zur Verfügung, Flohmärkte ermöglichten neben der Geldeinnahme auch viele Gespräche über die Anliegen der Ostermarschierer. Darüber hinaus mußten die Teilnehmer am Ostermarsch eine Teilnehmergebühr bezahlen.
Insgesamt wurden unzählig viele Aktivitäten im gesamten Bundesgebiet durchgeführt – oft bis zu 1000 in einem Monat. Daß sich dabei eine solche Vielfalt von immer neuen Aktivitäten entwickeln konnte, war wohl nur deshalb möglich, weil es sich um eine Basisbewegung handelte, bei der der einzelne Mensch mit seiner Phantasie und Kreativität gefragt war. Dieser völlig neue Charakter einer Protestbewegung in der Bundesrepublik bewegte die politische Kultur so stark, daß es nicht übertrieben erscheint, von einer kulturrevolutionären Veränderung durch den Ostermarsch zu sprechen.

Reaktionen der Öffentlichkeit

„Von den Straßenpassanten wenig beachtet, waren die Kolonnen seit Ostersamstag zu ihren Bestimmungsorten gezogen ..." (89), hieß es in einer Meldung der „Deutschen Presseagentur" zum Ostermarsch 1966. Hier wird deutlich, wie Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen den Ostermarsch herunterspielen wollten, denn die dpa bringt das Kunststück fertig, die Zahl von 145 000 Kundgebungsteilnehmern zu nennen und gleichzeitig festzustellen, die Kolonnen des Ostermarsches seien von Straßenpassanten wenig beachtet worden.
Einen guten Einblick in diesen Umgang mit der Presse mit den Ostermarschierern gibt ein persönlicher Erfahrungsbericht eines interessierten Rundfunkhörers wieder, den die ZEIT am 15.4.1966 abgedruckt hat. (Dokument E)
Insgesamt war die Entwicklung des Ostermarsches aber schon von zunehmendem öffentlichen Interesse begleitet. Nachdem der erste, auf Norddeutschland beschränkte Ostermarsch des Jahres 1960 noch kaum öffentliche Beachtung fand, war dies in späteren Jahren schon aufgrund erheblich gestiegener Teilnehmerzahlen nicht mehr möglich.
Da auch in den 60er Jahren ein Klima des Kalten Krieges weiterbestand, riefen Forderungen wie Verzicht auf Atomwaffen und nach Abrüstung Angriffe von sehr vielen Seiten hervor, denn angeblich schwächte man damit das eigene Lager und unterstützte somit „den Osten". Eine riesige Verdächtigungskampagne setzte ein. Dabei wurden die Ostermarschierer als „hoffnungslose Schwärmer, Traumtänzer, Idealisten und Sektierer" verspottet – andere bezeichneten sie als „nützliche Idioten, die sich von kommunistischen Drahtziehern mißbrauchen ließen". (90)
Sowohl die Bundesregierung als auch die SPD-Opposition warnten vor der Teilnahme an den Ostermärschen. Dabei wurde als Begründung immer wieder auf die Mitarbeit von Kommunisten hingewiesen.
Auch die Staatsschutzorgane nahmen lebhaften Anteil an der Kampagne. Ihre „Erkenntnisse" waren gut dafür geeignet, statt einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Ostermarsch-Bewegung, diese in Verbindung zu kommunistischer Spionage- und Agententätigkeit zu bringen. Der Verfassungsschutzbericht des Hamburger Innensenators – dem heutigen Bundeskanzler – ist ein Beispiel für eine derartige Konstruktion, wie aus einem Artikel der „Welt" vom 13.2.1963 hervorgeht. (Dokument F)
Ab 1967 wurde gar die gesamte Kampagne vom Bundesinnenminister als „kommunistische Tarnorganisation" geführt. Der Parteivorstand der SPD beschloß im Jahre 1961 die Ostermarsch-Bewegung zu „boykottieren". In einem Rundschreiben an die SPD-Bezirke wurde darauf hingewiesen, daß die Ostermärsche von „kommunistischen Hintermännern mißbraucht" und deshalb von der SPD abgelehnt würden. (Dokument G)
Im „Parlamentarisch-Politischen Pressedienst" der SPD vom 27. Januar 1964 wurde sogar behauptet, die Tätigkeit der Kampagne liege „auf der Linie direkter Anweisungen aus Pankow"; die Kampagne sei auf dem Wege zur „Ausgestaltung des 'Ostermarsches' zu der von den Kommunisten geplanten Kerntruppe des Klassenkampfes." (91)
Diese Verleumdungskampagne gipfelte dann darin, daß kurz vor dem Ostermarsch 1964 kostenlos eine Broschüre unter dem Titel „Ostermarsch-Betrachtungen" in Massen verschickt wurden. Diese Broschüre war, ebenso wie eine später folgende Broschüre mit dem Titel „Ostermarsch-Nachbetrachtungen", ohne Druckvermerk und mit dem pseudonymen Autorennamen Robert Jenke in einem Verlag erschienen, der in keinem Verlagsverzeichnis zu finden war. Es wurde vermutet, daß die Broschüren von interessierten Kreisen der SPD konzipiert worden war.
In diesen Broschüren wurde die Ostermarsch-Bewegung zunächst als ursprünglich pazifistische Bewegung dargestellt, der man moralisch hochstehende Motive zubilligte. Dann wurde durch „einen aus Wahrheit, Halbwahrheit und Lüge geschickt zusammengestellten Kommentar" (92) versucht, den Ostermarsch als ein rein kommunistisch gelenktes Unternehmen darzustellen. Die Pazifisten mit ihren edlen Idealen waren dann nach dieser Darstellung einmal mehr die Opfer kommunistischer Drahtzieher. Und ein Ziel dieser Broschüren war, diese Pazifisten auf ihre angeblich „dunklen Hintermänner" aufmerksam zu machen. Ein beinahe willkürlich herausgegriffenes Beispiel aus den „Ostermarsch-Nachbetrachtungen" verdeutlicht anschaulich, wie in diesen beiden Broschüren die Nähe zu den Kommunisten bzw. die kommunistische Lenkung konstruiert wurde:
Die Arbeit der Kampagne müsse „härter werden", schrieb Geschäftsführer Buro in einer Lagebeurteilung. Ein zweischneidiger Begriff, wenn man von der „klassischen Ostermarsch-Vorstellung ausgeht, nach der Gruppen von Idealisten und Pazifisten einmal im Jahr friedlich durch die Straßen ziehen. „Härter werden", das heißt hier, daß die Kampagne mehr und mehr einmünden soll in ein vorgezeichnetes Schema vielfältiger politischer Dauer-Aktivität, wie es seit Jahren bekannt ist aus der „zielstrebigen" Arbeit gewisser Vorläuferorganisationen des „Friedenskampfes" auf westdeutschem Boden. Das wird ganz klar aus Buros Anweisungen:
„ ... müssen wir jetzt beginnen, zu den Menschen zu gehen und sie zu zwingen, Stellung zu nehmen. Hier gibt uns die Petition der Kampagne die Möglichkeit, das Gespräch mit dem Angestellten, Beamten und Unternehmer ebenso zu beginnen wie morgens vor der Fabrik mit dem Arbeiter und auf der nächsten Versammlung mit den Mitgliedern einer Organisation."
Mit fast wörtlich gleichen Richtlinien ging 1951 der kommunistische „Hauptausschuß für Volksbefragung" in seinen Kampf gegen die Remilitarisierung, mit gleichen Anweisungen wurden in der Zwischenzeit zahlreiche „Petitionsbewegungen" gestartet, mit gleichen Wunschvorstellungen wurde wieder und wieder des „Arbeiters am Fabriktor" gedacht.
„Härter werden", unter diesem Motto stand zweifellos auch bereits die zentralgesteuerte Abwehr der „Ostermarsch-Betrachtungen", nachdem diese gewissermaßen in die Flanke des neuen Aufmarsches hineingestoßen waren.
„Härter werden", das gibt aber auch dem entschiedenen Gegner kommunistischer Schindludertreiberei das Recht, die Dinge härter als bisher beim Namen zu nennen. Die Kapitulation einst führender Maschierer angesichts des Kurses der Führungs-Mehrheit erlaubt es zudem, hinfort auf Gruppen-Differenzierungen zu verzichten und die „Bewegung" in Tendenz, Ziel und Hintergrund als Ganzes zu betrachten. (93)
Obwohl die Ostermaschierer teilweise sehr unter diesen Diffamierungen und Kommunismus-Verdächtigungen litten, wußten sie andererseits auch wieder ganz gut damit umzugehen, wie die Rede von Rudolf Rolfs, dem Direktor des Frankfurter Kabaretts „Die Schmiere", auf einer Abschlußkundgebung des Jahres 1962 zeigte. (Dokument H)



Im Gegensatz zur Spitze der SPD kam es bei der Parteibasis immer häufiger zu offenen Solidarisierungen mit der Kampagne. Viele SPD-Mitglieder – ebenso wie auch viele Gewerkschafter – hatten noch das Versprechen: „Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht!" – aus der Kampagne „Kampf dem Atomtod" im Ohr und wollten sich ihre moralische Motivation nicht durch taktische Kehrtwendungen der beiden Großorganisationen nehmen lassen. So waren viele SPD-Mitglieder als Einzelpersonen ohnehin von Anfang an beim Ostermarsch dabei, ja selbst unter den Initiatoren waren Mitglieder dieser Partei – so z.B. Hans-Konrad Tempel.

Innerhalb der SPD gab es also keine einheitliche Zustimmung oder Ablehnung des Ostermarsches. Daß sich so viele SPD-Mitglieder trotz den Warnungen ihrer Partei-Oberen am Ostermarsch beteiligten, war vor allem auch deshalb möglich, weil seitens der Kampagne die SPD nie pauschal verurteilt wurde. Das hätte sonst mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit dazu geführt, daß sich viele Parteimitglieder aus Loyalitätszwängen von der Ostermarsch-Bewegung abgewandt hätten.

Das gleiche gilt auch für die Mitglieder des DGB. Auch hier hatte die Spitze im Prinzip dieselbe Haltung wie der SPD Vorstand. Auch hier lehnte es der DGB-Vorsitzende in einem Rundschreiben vom 1.3.1961 „entschieden ab, zuzulassen, daß sich unsere Kollegen an Aktionen beteiligen, die nicht von Idealisten, sondern von politisch undurchsichtigen Kräften und Hintermännern im Interesse gegnerischer Ziele gesteuert werden." (94) Ende März 1961 faßte der DGB-Bundesvorstand sogar einstimmig einen Beschluß, der nicht nur vor einer Teilnahme warnte, sondern die Beteiligung an den Ostermärschen ausdrücklich untersagte. Dieser Beschluß konnte dann aber nicht durchgehalten werden, denn die Gefahr bestand, daß er so oft mißachtet werden würde, daß Disziplinarmaßnahmen weder organisatorisch noch gar politisch zu bewältigen gewesen wären. Die DGB-Spitze schwächte diesen Beschluß noch im selben Jahr wieder ab.

Als dann die Jugendkonferenz der IG Metall 1962 zur Unterstützung der Ostermärsche aufforderte, hatte dies Signalwirkung auf die gesamte Gewerkschaftsjugend. Es folgten eine Reihe von Jugendkonferenzen der Einzelgewerkschaften diesem Vorbild.

Nachdem bis zum Februar 1964 die IG Metall, die IG Chemie, Papier und Keramik und die IG Druck und Papier ihren Mitgliedern die Beteiligung an den Ostermärschen freigestellt hatten, allerdings ohne selbst zur Teilnahme aufzurufen, nahm auch der DGB zwangsläufig eine ähnliche Position ein. Nach einem neuen Beschluß vom Januar 1964 hatten nur noch „Unterschriftsleistungen mit Funktionsbezeichnungen" zu unterbleiben. (95)

Eine öffentliche Reaktion ganz anderer Art waren die Behinderungen und Verbote durch Behörden. So wurde der Marsch über vielbefahrene Straßen verboten, belebte Stadtteile mußten umgangen werden, bestimmte Parolen wurden untersagt. (Dokument I) Diese Verbote wurden dann meist später wieder gerichtlich aufgehoben – nachdem die Märsche stattgefunden hatten. Die Behörden ließen es sich durch die Gerichtsbescheide auch nicht nehmen, im nächsten Jahr wieder gleich zu verfahren.

Bei einem Großteil der Bevölkerung war die Reaktion auf die Ostermarschierer sehr zurückhaltend. Sie halten die Atomgefahr keineswegs für aktuell – es herrschte ja auch angeblich ein atomares Patt. Der Theologe Helmut Gollwitzer schätzt dies rückblickend so ein: „Wir zogen durch die Straßen und die Leute sahen uns ziemlich apathisch und uninteressiert an, als pazifistische Spinner. (...) Aber es war nicht etwa eine leidenschaftliche Apathie, die uns entgegenschlug, sondern viel eher Gleichgültigkeit." (96)

Auflösung der Ostermarsch-Bewegung

Unmittelbar nach Ostern 1968 rief die „Kampagne für Demokratie und Abrüstung" gemeinsam mit dem Kuratorium „Notstand der Demokratie" zu einer Aktion gegen die für Mai 1968 angekündigte zweite Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag auf. Mit dieser Aktion sollte gezeigt werden, „daß in der Notstandsopposition eine ernst zu nehmende Kraft steckt, deren Widerstand nicht zu brechen ist." (97) Dieser Sternmarsch wurde dann zur letzten eindrucksvollen Aktion der APO. Etwa 100 000 Teilnehmer fanden sich in Bonn ein.



Aber nur wenige Wochen später war die Kampagne in einer schweren Krise, die dann faktisch zu ihrem Ende führte.

Karl A. Otto führt einige Gründe an, die seiner Meinung nach hierfür ausschlaggebend waren: Mit der Zunahme der Teilnehmerzahlen nahm auch die Zahl der Jugendlichen mit wenig politischer Erfahrung in der APO überproportional zu. Bei vielen dieser Jugendlichen gab es bald eine zunehmende Begeisterung für eine Guerilla-Romantik, die ihnen dann oft den Bezug zur Realität verstellte. Es wurden Aktionsformen und Aktionsziele gewählt, die von vielen Menschen nicht mehr mitvollzogen werden konnten. (Dokument J) Dies und die inzwischen erfolgte Verabschiedung der Notstandsgesetze führte dazu, daß sich die Gewerkschaften größtenteils wieder aus der außerparlamentarischen Protestbewegung zurückzogen.

Weiter gab es unüberbrückbare Differenzen in der Einschätzung, wie einem autoritären Staat zu begegnen sei. Der dominierende Flügel des SDS wollte in „direkten Aktionen" den Kapitalismus nach dem Muster der Guerilla angreifen, um „latenten Faschismus" in „manifesten Faschismus" umschlagen zu lassen. Demgegenüber stand die Kampagne-Position: „Jede Umstellung von einem autoritären System, das noch die Berufung auf die Idee der Demokratie und gewisse Handlungschancen für Demokraten offenläßt, zu einem formiert-faschistischen System bringt die Opposition dem Erfolg nicht näher, sondern schlägt die demokratischen Gegenkräfte noch weiter zurück." (98) Diese unterschiedlichen Positionen mußten zum Bruch führen. Das geschah dann nach der Osterkundgebung 1969: SDS-Sprecher beschimpften auf der Kundgebung in Frankfurt die Organisatoren, verurteilten scharf die Demonstrationsformen der Kampagne und bezichtigten sie des „Revisionismus". Daraufhin reagierte der Regionalausschuß Hessen der Kampagne mit einer öffentlichen Erklärung, die den Zerfall besiegelte: „Blinder Aktionismus, masochistische Prügeleien mit der Polizei, pauschale Verurteilung aller anderen Gruppen der APO, Alleinvertretungsanspruch für politischen Widerstand, Verzicht auf politische Aufklärung der Arbeitermassen zugunsten einer abenteuerlichen Konfrontation mit ihren Repräsentanten sowie die Verwechslung von Karl Marx und Karl May hat die Frankfurter SDS-Sprecher vom größten Teil der außerparlamentarischen Opposition isoliert." (99)

Eine erhebliche Gewichtsverlagerung innerhalb des aktiven Kerns der Kampagne ergab sich noch aus einem anderen Grund: Große Teile der „Neuen Linken" reagierten mangels größerer „Frustrationstoleranz" ihre Enttäuschung über Mißerfolge mit immer neuen Aktionsformen und Organisationsversuchen ab. Dies hatte zur Folge, daß ein beträchtlicher Teil der nicht-kommunistischen Mitarbeiter sich aus den Ausschüssen ab- und anderen politischen Engagements zuwandte. Die an Disziplin gewöhnten Kommunisten widerum waren dagegen Arbeitsformen gewöhnt, wie sie von der Kampagne praktiziert wurden, so daß sie weiter mitarbeiten und durch die „Ausdünnung" ein Übergewicht erlangen konnten. Als dann nach der Intervention der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei die DKP demonstrativ für die Zerschlagung des dortigen Reformsozialismus Stellung bezog, war damit der gemeinsame Boden für eine Sammelbewegung entzogen. Denn für eine gemeinsame Weiterarbeit in der Kampagne wäre nun nur noch ein kleinster gemeinsamer Nenner möglich gewesen. Buro, Klönne und Vack – also Personen, die den Ostermarsch entscheidend mitgetragen und geprägt haben – wollten diesen Schritt bzw. Rückschritt nicht mittragen, weil sie der Meinung waren, „daß die Kampagne nicht mehr eine eigene zusammenhängende politische Aussage treffen, und daß sie nicht mehr zu einer Vertiefung politischer Analysen gelangen" könne. (100) Ein weiterer politischer Lernprozeß war ihrer Ansicht nach auf solch gegensätzlicher Grundlage nicht mehr möglich. Nach den „Osteraktionen" von 1970 existierte faktisch kein arbeitsfähiger Zusammenhang mehr. Der Kreis, der im „Zentralen Ausschuß" die Kampagne stark getragen hatte (Beilmann, Buro, Halberstadt, Klönne und Vack), trat dann im April 1970 aus diesem Ausschuß aus, weil er sich außerstande sah, die „alte und damals politisch richtige und effektive Struktur im Rahmen der jetzigen KfDA (Kampagne für Demokratie und Abrüstung) wieder herzustellen." (101)

Andreas Buro vertritt demgegenüber die Auffassung, daß die von Otto angeführten Gründe für die Auflösung sicher gewichtige Faktoren gewesen seien, die auf die Kampagne eingewirkt, aber letztendlich nicht den Ausschlag gegeben hätten. Er sieht vielmehr den entscheidenden Grund für das Ende der Ostermarsch-Bewegung darin, daß durch einen kollektiven Lernprozeß in der Kampagne immer deutlicher geworden sei, hinter den Problemen von Rüstung und Abrüstung letztlich die Frage nach der Änderung der kapitalistischen Gesellschaft zu sehen. Und auf die Frage, wie diese gesellschaftlichen Strukturen verändert werden könnten, gab es keine einheitliche Antwort: Große Teile der Kampagne versuchten in je spezifischen Ansätzen an einer Überwindung, andere auch nur an einer Reform der kapitalistischen Gesellschaft zu arbeiten. Dies wird dann in der Zersplitterung oppositioneller Kräfte in den 70er Jahren deutlich. (102)



Ziele erreicht oder gescheitert?

Zu der Frage, ob die Ostermarsch-Bewegung gescheitert ist oder nicht, gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Meist wird davon geredet, daß sie ihre Ziele nicht erreicht habe. Und wenn man die von ihr selbst gesetzten Ziele zum Maßstab nimmt – Abrüstung und Abschaffung der Atomwaffen, später dann auch die Verhinderung der Notstandsgesetze, Beendigung des Vietnamkrieges, Verhinderung weiterer Pressekonzentration – dann muß man sicher sagen, daß sie gescheitert ist. Allerdings hat die Ostermarsch-Bewegung sehr viel getan, was die bestehende politische Situation erheblich veränderte: Zunächst einmal war sie die erste Massenbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik, die ihren Protest außerhalb und ohne direkte Unterstützung durch traditionelle Großorganisationen, wie SPD und DGB, zum Ausdruck brachte.

Dem ging ein erster sehr wichtiger Lernschritt voraus: Nachdem sich diese traditionellen Oppositionsinstitutionen (SPD/DGB) in das kapitalistische System zu integrieren begannen und aus Gründen der besseren Anpassung den vorher von ihnen getragenen Protest fallen ließen, lernten viele Menschen, daß sie nun ihre Interessen selber organisieren, d.h. ihren Protest selber gestalten müssen, um ihre Ziele für Abrüstung und gegen Atomwaffen zu verfolgen.

Das Verhalten von DGB und SPD gegenüber „Kampf dem Atomtod" war auch Ausgangspunkt für eine weitere wichtige Erkenntnis: Keine Oppositionsbewegung darf sich mehr von einer Partei vereinnahmen lassen, will sie nicht Opfer von taktischen Richtungsänderungen dieser Partei werden. So konnte sich die Ostermarsch-Bewegung bis zu ihrem Ende aller Vereinnahmungsversuche von Parteien erwehren und unabhängig bleiben. Eine weitere Erkenntnis, die eigentlich von Anbeginn der Ostermärsche gemacht wurde, war, daß Appelle an die Herrschenden nicht dazu führen, daß diese sich mit den vorgetragenen Argumenten auseinandergesetzt hätten. Vielmehr wurden die Protestierenden sehr schnell mit einer Flut von Diffamierungen und Verdächtigungen überzogen. Die Ostermarschierer zogen daraus den Schluß, daß Abrüstung oder gar Vernichtung der Atomwaffen nicht durch Dialoge mit den „Oberen" erreicht werden können. Diese Ziele zu erreichen, war nach ihrer Erkenntnis nur möglich, wenn echte Massenbewegungen Druck von unten ausüben.

Ein ganz wichtiger Lernschritt war dann auch die Erkenntnis, daß hinter der Rüstung nicht nur die militärische Begründung stehen konnte, daß vielmehr ganz andere Interessen und Motive echte Abrüstung verhinderten. Dies führt dazu, daß Rüstung in enger Beziehung zu den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen gesehen wurde. Abrüstung konnte demnach nur im Rahmen gesellschaftlicher Veränderung erreicht werden.

Als Fazit kann gesagt werden, daß die Ostermarsch-Bewegung zwar ihre selbstgesetzten Ziele nicht erreicht hat, daß sie aber durch kollektive Lernprozesse ganz wichtige Erkenntnisse für eine außerparlamentarische Sammelbewegung gemacht hat. Von diesen Lernergebnissen kann auch die heutige Friedensbewegung noch in großem Maße profitieren.

6. Dokumente

Dokument A (103)

Dr. Fritz Katz, Rede beim Ostermarsch 1962

Mitbürger und Freunde,
warum marschieren wir? Ganz sicher nicht, weil wir zum Zeitvertreib einen geselligen Osterspaziergang machen oder im Stile von Halbstarken die Polizei beschäftigen möchten. Wir folgen dem Zwang unseres Gewissens, wir werden von notvoller Sorge, von Zorn und von Scham getrieben, wenn wir bedenken, was demnächst mit unserem Volk und durch unser Volk geschehen kann und muß, wenn man die Dinge einfach so weiter treiben läßt wie bisher. Was beunruhigt uns so tief, wogegen empören wir uns mit aller Leidenschaft? Greifen wir mitten hinein ins Wespennest.
Vor nicht allzu langer Zeit konnte man im Rundfunk hören, daß die Freiheit Berlins notfalls unter Einsatz von Atomwaffen verteidigt würde. Diesen Irrsinn, diesen verdammten Unsinn hörte sich die Mehrheit unserer Mitbürger so ruhig an, als ob es sich um eine Wettermeldung handele. Dabei genügt ein klein wenig nüchternes Nachdenken, um zu der keineswegs übertriebenen Feststellung zu gelangen, daß den Urhebern solcher und ähnlicher Nachrichten bestenfalls das geistige Format und der Weitblick 9- oder 10-jähriger Gassenjungen zuzubilligen ist. Denn schon ein normal begabtes, gewissenhaft erzogenes Schulkind verfügt über das geistige Rüstzeug, um zu erkennen, daß in dem Moment, wo um Berlin ein Kampf mit Atomwaffen geführt wird, von dieser Stadt und ihren Menschen nicht sehr viel übrig bleibt und daß zugleich mit der Existenz natürlich auch die Freiheit Berlins zum Teufel geht. Darüber hinaus aber müßten wir Deutschen in diesem Falle mit vernichtenden Schlägen rechnen, von denen wir uns wahrscheinlich nie wieder erholen würden, und nicht einmal die übrige Welt wäre davor sicher, daß sich ein atomarer Einsatz zur sogenannten Verteidigung der Freiheit Berlins zu jener Katastrophe auswächst, die ganze Kontinente verschlingt. Aber man hört sich eine solche Berlin-Nachricht ruhig und gleichmütig an, ohne den ungeheuren geistigen und sittlichen Niedergang zu begreifen, der sich dahinter verbirgt. Denn es ist absolut unvernünftig und krankhaft, eine Verteidigung vorzubereiten, die zum Selbstmord führt, und es ist absolut unsittlich, eine sogenannte Verteidigung in Anspruch zu nehmen, bei der gänzlich unbeteiligte und schuldlose Völker mit Strahlentod und Entartung bedroht werden.
Jahrelange, systematische Verdummung durch eine Auswahl von Nachrichten, die einer einseitigen Zweckinformation dient, hat dazu geführt, daß angeblich freie demokratische Völker sich eine Politik gefallen lassen, die – um mit Lewis Mumford zu reden – nichts als schierer Wahnsinn ist, eine Politik bar aller menschlichen Werte, eine Politik, die nicht die geringste Achtung verdient, eine Politik unterentwickelter Menschen mit dem geistigen Horizont von Zehnjährigen, die nur an das Heute zu denken vermögen und keinen Respekt vor den Werten der Menschheitsgeschichte und keinen Sinn für die Zukunft des Menschengeschlechts haben. An diesem Punkt stehen wir heute, und wir müssen diese bitteren Erkenntnisse und Wahrheiten hinausschreien, solange uns das Schicksal noch die Möglichkeit hierzu gewährt.
Unsere staatsbürgerliche Pflicht und unser politisches Verantwortungsgefühl gebietet uns, laut und deutlich zu sagen, daß wir mit dem Regierungskurs nicht einverstanden sind und daß es ein Ausweichen vor der eigenen Verantwortung ist, wenn man immer nur die andere Seite zum Sündenbock machen will. Es ist mehr als nur geistiges Unvermögen, wenn man mit Sprüchen vom kommunistischen Todfeind den Blick von der apokalyptischen Todesdrohung des atomaren Weltuntergangs ablenken will. Das unbestrittene Recht, sich gegen den Kommunismus zu wehren, verkehrt sich an dem Punkt in krasses Unrecht, wo man sich anmaßt, mit dem Schicksal ganzer Kontinente und sogar der ganzen Welt Schindluder zu treiben. Als Christen aber glauben wir, uns erst mit dem Balken im eigenen Auge befassen zu müssen, ehe wir dem anderen den Splitter in seinem Auge vorwerfen. Nur so meinen wir, allmählich einen Ausweg aus der fürchterlichen Sackgasse gewinnen zu können, in die uns eine Politik ohne Geist, ohne Phantasie, ohne echte sittliche Grundlage hineinmanövriert hat. (...)
Wie soll es man anders und besser machen? Man soll endlich mit den fluchwürdigen Atomwaffen aufhören. Denn Atomwaffenversuche sind Mord an Unbekannt. Und kein Mörder hat sich jemals damit entschuldigen können, daß auch andere morden.
Aber selbst wenn wir dem Ungeist der Zeit folgen und die Moral beiseite lassen, müssen wir aus reinen Vernunftgründen fragen: Warum soll denn der Wettlauf der Versuche weitergehen? Will man Massenvernichtungsmittel von noch größerer Perfektion herstellen? Will man dem Wahnsinn wildgewordener Militärs noch weiter die Zügel schießen lassen? Es gibt keine militärischen Notwendigkeiten, die den Vorrang vor der Zukunft der Menschheit haben. Oder geht es sogar nur um Prestigegründe? Es ist ohne Zweifel besser, das Gesicht zu verlieren, als alles zu verlieren. Darum Schluß mit dem Wahnsinn! Es ist längst übergenug von dem Teufelszeug da.
Wir fordern also den Verzicht auf weitere Herstellung von Kernwaffen. Man braucht sie angeblich doch nur zur Abschreckung, und dazu reichen die Vorräte schon seit langem. Aber man will der Öffentlichkeit einreden, eine Fortführung der Kernwaffenversuche und -herstellung sei zur Erhaltung des sogenannten atomaren Gleichgewichts unvermeidlich. Doch wir lassen uns durch solche Propagandamanöver nicht mehr dumm machen.
Was hat sonst noch zu geschehen? Man soll endlich klare und vernünftige Folgerungen aus der unabweisbaren Erkenntnis ziehen, daß es unmöglich geworden ist, sich in einen Atomkrieg mit den Sowjets einzulassen, und daß es daher erst recht unmöglich ist, den Kommunismus militärisch zu vernichten. Wenn man ihn aber nicht vernichten kann, dann ist man gezwungen, mit ihm zu leben, ob einem das nun paßt oder nicht. Darum gebietet die einfache Vernunft, normale Bedingungen für ein Zusammenleben mit dem Kommunismus anzustreben. Es gibt an maßgeblicher Stelle Schwachmütige, die eigensinnig behaupten, das ginge nicht. Damit beweisen sie nichts anderes als ihre Unfähigkeit. Darum sollen sie vernünftigen Leuten Platz machen, ehe es für die Mitwelt zu spät ist.
Mann soll also nicht nur aufhören, die Erdatmosphäre mit radioaktiver Strahlung zu vergiften, sondern gleichzeitig auf eine weitere Vergiftung der politischen Atmosphäre durch aggressiven Antikommunismus verzichten. (...)
Noch ein Wort zum Schluß. Man wirft uns Atomwaffengegnern öfter vor, daß unser Handeln von übertriebener Angst diktiert sei und daß wir Atomhysterie und Atompanik verbreiten. Mit diesem Gerede werden wieder einmal die Dinge auf den Kopf gestellt. Der einzige sinnvolle Zweck, mit dem man die Existenz und die Beibehaltung der Kernwaffen zu rechtfertigen versucht, ist doch der, daß sie dem Gegner soviel Angst einflößen sollen, daß er nicht angreift. Es ist natürlich peinlich, daß sich das Grauen vor den Atomwaffen nicht auf die Gegenseite beschränken läßt. Wir begreifen die Verlegenheit aller dieser Seiltänzer über dem Abgrund der atomaren Vernichtung. Aber daß sie uns deswegen als Angsthasen und Angstmacher hinstellen wollen, das ist eine Unverfrorenheit. Wir Ostermaschierer in Deutschland sind genau so wie unsere englischen, amerikanischen, skandinavischen und holländischen Freunde nicht aus Angst angetreten, sondern weil wir uns nicht entmenschlichen lassen wollen. Die Technik hat einen ungeheuren Sprung nach vorne gemacht, aber die mora-

lischen Begriffe, die sittlichen Vorstellungen sind jämmerlich hinter dieser Entwicklung zurückgeblieben. Das, was den Menschen menschlich macht, ist im Begriff unterzugehen. Übrig bleibt der gefühllose, der seelenlose Roboter. Und da machen wir nicht mit! Denn wenn erst das Menschliche in uns tot ist, dann wird auch mit Sicherheit der äußere Tod, der Atomtod und die verdiente Verdammnis folgen. Darum wollen wir mit allen Kräften um unser zeitliches und ewiges Leben ringen und uns dafür einsetzen, daß der Mensch Mensch bleibt. Das, meine Brüder und Schwestern, ist der Sinn unseres Ostermarsches.

oooooooooooooooooooo

Dokument B (104)

Grundätze des Ostermarsches der Atomwaffengegner (1962)

A. Allgemeine Zielsetzung
1. „Widerstand gegen Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in West und Ost."
Dies bedeutet: (...)
■ Unter „Atomwaffen jeder Nation" sind die Massenvernichtungsmittel aller Nationen und Staatengruppen oder Paktsysteme zu verstehen. Dieser Begriff schließt also die Massenvernichtungsmittel der UdSSR und des Warschauer Paktes ebenso ein wie die der USA und der NATO oder wie Frankreichs oder Chinas. Der Zusatz „in West und Ost" dient folglich nur der Verdeutlichung und Verstärkung.
■ Unter „Widerstand gegen Atomwaffen" ist erstens die uneingeschränkte Verneinung von Massenvernichtungsmitteln durch aktive Maßnahmen von einzelnen oder Gruppen in Tat, Wort, Bild und Schrift im Rahmen des Grundgesetzes und der Charta der Menschenrechte der UNO zu verstehen. Dazu gehören zweitens u.a.
die Absicht, politischen Einfluß zu erlangen und das Gewissen der Staatsbürger zu schärfen,
der Wille, alle Handlungen zu verweigern, die der Konstruktion, Herstellung, Erprobung, Lagerung und Vorbereitung der Anwendung von Massenvernichtungsmitteln dienen, und andere aufzufordern, dasselbe zu tun,
die Entschlossenheit, sich keinem Druck – weder durch Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Wirtschaftskreise noch durch Behörden und Presse – zu fügen, der darauf zielt, uns von unserem Widerstand abzubringen oder abzuhalten.
2. Wir begründen unseren Widerstand wie folgt:
Wir sehen uns vor unserem Gewissen verpflichtet, mit allen uns zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln jede Politik der Gewalt (deren äußeres Zeichen die Atombombe darstellt!) zu bekämpfen weil durch sie nicht nur die Menschheit schlechthin in ihrem Bestand gefährdet ist, sondern auch der einzelne Mensch auf Grund der Menschenverachtung der Regierungen entmündigt und entwürdigt wird.
■ „Die Menschheit ist in ihrem Bestand gefährdet". Diese Feststellung haben die bedeutendsten Physiker und Biologen beider Machtblöcke entgegen allen Verharmlosungen der Politiker unmißverständlich ausgesprochen. Sie bedeutet, daß die Menschheit allein bei der Fortführung der atomaren Teste uneinschätzbaren Gesundheitsschädigungen ausgesetzt ist und sich auch ohne kriegerische Auseinandersetzung am Rande der Selbstvernichtung befindet. Ein atomarer Krieg würde sogar nach Meinung von Militärsachverständigen die totale Zerstörung ganzer Staatengruppen, wenn nicht ganzer Erdteile bewirken.
■ „Der einzelne Mensch wird auf Grund der Menschenverachtung der Regierungen entmündigt und entwürdigt".
Erstens: Regierungen in West und Ost, die Atomwaffen zum Mittel internationaler Politik machen, machen wollen oder als Mittel beibehalten wollen, handeln unmenschlich: die offenbaren, daß ihre politischen Prinzipien, wie immer sie diese nach außen deklarieren, nicht die Sittlichkeit und die Würde des Menschen respektieren, da sie den Tod von Millionen von Menschen als Mittel zur Erreichung ihrer politischen Ziele einkalkulieren. (...)
Zweitens: die tatsächliche Anwendung von Atomwaffen unterscheidet sich wesentlich von der Anwendung herkömmlicher Kampfmittel: (...)
Die Verantwortung für die Anwendung solcher Instrumente kann kein Mensch mit vollem Bewußtsein tragen. Wer kleinere oder größere Atomwaffen anwenden oder sich auf deren Anwendung vorbereiten soll, ist moralisch überfordert. Wer ihn trotzdem dazu anhält, entmündigt und entwürdigt ihn. Somit ist der Mensch bereits vor der faktischen Anwendung in seinem Menschsein gefährdet.
3. Wir erkennen, daß militärisches, mit der atomaren Massenvernichtung rechnendes Gewaltdenken und eine undemokratische und totalitäre Entwicklung eng miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig stützen und fördern. Daher gilt: „Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie", eine Absage an politischen Terror und totalitäre Bedrohung. Wir widersetzen uns insbesondere jeder Behinderung unseres Protestes gegen die atomare Bewaffnung in West und Ost.
B. Konkrete politische Zielsetzung
1. Die Bundesrepublik soll an ihrem Platz alles tun, damit eine Welt ohne Furcht und Haß, ohne Krieg und Unterdrückung entsteht. Die Bundesrepublik soll daher konkrete Vorschläge zur Entspannung und Abrüstung ausarbeiten und propagieren. Sie soll den Willen zu Verhandlungen aufbringen, in denen die Bereitschaft zu einer vernünftigen und auch für ihre Nachbarn annehmbaren Politik zum Ausdruck kommt.
2. Wir fordern den Verzicht auf jegliche militärische Verwendung der Atomenergie in Ost und West und appellieren mit unserem Marsch an unsere Bundesregierung, durch Verzicht auf eine atomare Aufrüstung mit gutem Beispiel voranzugehen. Insbesondere verlangen wir:
■ Sofortige und endgültige Einstellung aller Kernwaffenversuche.
■ Verzicht auf weitere Produktion von Kernwaffen.
■ Vereinbarungen über die Bildung atomwaffenfreier Zonen.
■ Allgemeine kontrollierte Abrüstung und Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen.

oooooooooooooooooooo

Dokument C (105)

Aufruf zum Ostermarsch 1965

Die Vereinten Nationen haben die Völker der Welt aufgerufen, das Jahr 1965 zum Jahr der internationalen Zusammenarbeit zu machen. 1965 sind zwanzig Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und zwanzig Jahre seit der Gründung der UN vergangen. Am Ende des zweiten Weltkrieges stand die Zahl von 60 Millionen Toten, – am Beginn der UN stand die Hoffnung: Verständigung und Einigung aller Völker in einer Welt ohne Krieg.
Seit 1945 ist in allen Nationen viel geleistet worden. Aber noch leben die Menschen in Furcht vor einem dritten Weltkrieg, der ganze Völker auslöschen würde. Neue Staaten streben nach Kernwaffenbesitz und erhöhen so die Unsicherheit. Fast alle Politiker in Ost und West beteuern ihre Bereitschaft zur Abrüstung, bewilligen aber trotzdem ungeheure Summen für weiteres Wettrüsten. Gleichzeitig herrscht in weiten Teilen der Welt Hunger, und soziale und kulturelle Aufgaben werden vernachlässigt.
Die Forderungen der Vereinten Nationen nach Vereinbarungen über Friedenssicherung stimmen überein mit der Einsicht der Völker: Nur auf dem Wege der Entspannung und Abrüstung kann die Kriegsgefahr ausgeschaltet, Sicherheit und menschenwürdige Existenz für alle Bürger der Erde erreicht werden. Es gibt heute erste Erfolge bei dem Versuch, Kriegsrisiko abzu-

bauen, Verständigung herzustellen und eine stabile Friedensordnung zu schaffen. In der Kubakrise siegte die Vernunft über Prestigedenken und Politik der Stärke. Durch das Moskauer Teststoppabkommen wurde der radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre Einhalt geboten. Der „heiße Draht" zwischen Moskau und Washington, die Einschränkung der Uran-Produktion in den USA und der UdSSR und die Vereinbarung, den Weltraum von Kernwaffen freizuhalten, sind Schritte, die hoffen lassen.

Der Druck der Öffentlichkeit kann die Politiker ermutigen oder zwingen, diese Strategie des Friedens fortzusetzen. Deshalb rufen wir zum Ostermarsch 1965 auf und fordern:

Beendigung des Atomwaffentests, auch unter der Erde;

Verbot der Weitergabe von Atomwaffen;

Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen; erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung.

Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland richten wir unsere Forderungen nach einer Politik der Abrüstung insbesondere an die Regierung und das Parlament unseres Landes. Die Regierung der Bundesrepublik ist offensichtlich bestrebt, durch Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht oder auf andere Weise, der Verfügungsgewalt über Atomwaffen näherzukommen. In Ost und West wächst neues Mißtrauen gegenüber unserem Land, wächst die Furcht vor einer von Atomwaffen gestützten deutschen Machtpolitik. Der atomare Rüstungsehrgeiz der Bundesregierung stört die internationalen Abrüstungsbemühungen, vergrößert das Risiko eines nuklearen Konflikts, versperrt jeden Weg zur Entspannung, Verständigung und Wiedervereinigung in Deutschland. Die Rüstungspolitik führt zur Militarisierung des öffentlichen Lebens, zu der Tendenz, Bürgerrechte durch administrative oder gesetzliche Maßnahmen – wie die Notstandsgesetze – einzuschränken. Der Plan eines Gürtels von Atomminen quer durch Deutschland hat den selbstmörderischen Charakter jeder Atomrüstung in Deutschland offenbar gemacht.

Ziel einer deutschen Politik muß es sein, die Demokratie und den Frieden zu sichern. Deshalb fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund, kirchliche und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung. Wir stimmen mit diesen Forderungen überein. Nur eine Politik der Sicherheit durch internationale Abrüstungsvereinbarungen entspricht den wahren Interessen unseres Landes. Nur eine Politik der Entspannung gibt uns die Möglichkeit, die materiellen und geistigen Kräfte unseres Volkes für kulturelle und soziale Ziele einzusetzen.

Deshalb schlagen wir vor:

Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen;

Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen – keine Atomwaffen auf deutschem Boden! –

Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung

– Mitteleuropa atomwaffenfrei! –

Wir bitten alle Mitbürger:

Unterstützen Sie öffentlich unsere Vorschläge.

Arbeiten Sie in der Kampagne mit, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist und keine einseitige Stellungnahme im kalten Krieg kennt.

Übernehmen Sie Verantwortung in den Ausschüssen der Kampagne für Abrüstung.

Helfen Sie mit, den Ostermarsch 1965 zu einem Höhepunkt der Kampagne werden zu lassen.

Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes: dem Frieden der Welt zu dienen. Wir können weitere Schritte zur Entspannung, zur Abrüstung und zu einer internationalen Friedensordnung erreichen, wenn alle, die der Sache der Abrüstung zustimmen, die Kampagne für Abrüstung zu ihrer Sache machen.

Veröffentlicht anläßlich der Auftaktveranstaltung zum Ostermarsch 1965 am 31.1.65. in der Hans-Sachs-Halle, Gelsenkirchen.

Erste Unterzeichner: Prof. Dr. W. Abendroth, Prof. Dr. Fritz Baade MdB, Dr. Margherita von Brentano, Walter Dirks, Günter Eich, Herbert Faller, Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim, Prof. Dr. D. Goldschmidt, Prof. D. Helmut Gollwitzer, Max von der Grün, Prof. Johannes Harder, Dr. Elisabeth Heimpel, Prof. Dr. G. Heckmann, Prof. Dr. H.J. Heydorn, Rolf Hochhuth, Dr. Robert Jungk, OKR Dr. Kloppenburg, Willy Kressmann, Christel Küpper, H.M. Ledig-Rowohlt, Dr. Susanne Leonhard, Dr. Helm. Lindemann, Dr. Arnim Prinz zur Lippe, Prof. Wilh. Maler, Dr. Bodo Manstein, Prof. Dr. Alfr. von Martin, Frans Masereel, Wolfgang Neuss, Martin Niemöller, Hans A. Nikel, Ursula Noack, Hinrich Oetjen, Katharina Petersen, Dr. Fritz J. Raddatz, Prof. Dr. Harold Rasch, Prof. Dr. H. Rheinfelder, Prof. Dr. Renate Riemeck, Rudolf Rolfs, Paul Schallück, Robert Scholl, Prof. D. Heinr. Vogel, Martin Walser und viele andere Persönlichkeiten.

oooooooooooooooooooo

Dokument D (106)

Rückblick der Sängerin Fasia Jansen

„Beim ersten Ostermarsch wurden wir von der Polizei in die sumpfigen Ruhrwiesen geleitet – kalte Füße und Wut! Kinder froren auf den Armen ihrer Eltern. Da standen wir nun mit unserem Transparent „Ostermarsch der Atomwaffengegner" auf der Wiese. Plötzlich riefen einige: „Fasia sing mal wat!" Mir fiel ein Lied ein, das in der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung viel gesungen wurde: "We shall overcome". Wer ein Instrument hatte, spielte mit, die Conrads waren auch dabei. Text und Melodie waren so einfach, daß bald alle mitsingen konnten. Das gemeinsam gesungene Lied machte unheimlich Mut – „Wir werden es schaffen".

Auf der Abschlußkundgebung merkten wir, daß "We shall overcome" auch für uns eine besondere Bedeutung bekommen hatte. Eigene Lieder fehlten uns noch, die sich mit unserer Situation in der Bundesrepublik befaßten. Verhältnismäßig schnell entstand aber eine Anzahl Lieder. Die bedeutendsten schrieben Dieter Süverkrüp und Gerd Semmer aus Düsseldorf. Ein viel gesungenes Lied „Der Polizei ein Osterei, die Polizei ist auch dabei". Ein Spottlied auf die Polizei, die den Marsch jahrelang begleitete. Einige Polizisten kamen sich selbst albern vor und wurden nachdenklich. In jedem Jahr gab es neue Lieder. Es waren so viele, daß von A. Stern und A. Althoff jeweils ein kleines Liederheft mit Noten herausgegeben werden konnte. Dadurch wurden die Lieder schnell verbreitet. Dadurch wurde gesungen. Deshalb wurde der Ostermarsch in NRW der singende Ostermarsch genannt.

Manchmal durften unsere Lieder allerdings nicht gesungen werden. Zum Beispiel in Hamburg in der Universität, wo meine Auftritte nicht genehmigt wurden. Zeitweise war das Singen überhaupt verboten, aber wir kümmerten uns einfach nicht darum.

Das ganze Jahr über wurden intensive Vorbereitungen für jeweils den nächsten Ostermarsch getroffen. Das hieß nicht nur Plakate malen und sowas, sondern es fanden unzählige grossere und kleinere Veranstaltungen statt, um für unseren Marsch zu werben. Es gab in den Jahren keine Veranstaltungen, auf denen ich nicht auch Ostermarschlieder sang, z.B. auf dem evangelischen Kirchentag in Hannover oder auf dem katholischen Kirchentag in Münster, auf Veranstaltungen des DGB und auf der IG Metall-Tournee. Mir fällt ein Gottesdienst in Moers ein, wo ein Lied von Süverkrüp und Semmer gewünscht wurde „Gott hat die Bombe nicht gemacht". Aber auch jede kleine Veranstaltung im Nebenraum einer Kneipe war uns wichtig. In Krefeld waren die Bretter, die die Welt bedeuten „so morsch", daß ich gleich bei dem ersten Lied mit dem Fuß einkrachte. Oder als ich gerade das Lied von D. Süverkrüp sang „Leute greift zur Feuerpatschi", ein Kellner „wer bekommt

eine Wurst und das Bier" dazwischen brüllte. In diesen Kneipen saß auch das sogenannte normale Publikum, und es entstanden, angeheizt durch Zwischenrufe, Pfiffe und Begeisterung heftige Diskussionen über das, was wir wollten, nämlich Abrüstung in Ost und West. Mein Diskussionsbeitrag waren Lieder. Mich interessierten die Leute, die verständnislos aus den Fenstern auf uns herab sahen, die am Straßenrand standen oder gar nicht wußten, daß wir unterwegs waren. Wie konnten wir sie ansprechen, wie konnten wir ihnen klar machen, daß es genauso ihr Problem war, um das es ging. Deshalb fand ich es gut, wenn mich ein Lautsprecherwagen aus dem Marsch holte und in eine Bergarbeitersiedlung mit mir fuhr. (...) Das bekannteste der Ostermarschlieder wurde das Lied von Hannes Stütz „Unser Marsch ist eine gute Sache". Es drückt aus, was wir wollten: Weder gegen den Osten noch gegen den Westen zu marschieren. Wir wollten, daß abgerüstet wird. Wir wollten Frieden. Das war einfach, das verstanden viele."
(Karl Adamek, Lieder der Arbeiterbewegung)

oooooooooooooooooooo

Dokument E (107)

Nachrichten vom Ostermarsch

Die unglückliche Idee, die mir den Ostersonntag verdarb, gab mir der Südwestfunk ein. Am Ostersamstag meldete er um 20 Uhr in seinen Nachrichten: „Mit einer verhältnismäßig starken Beteiligung begannen heute die Ostermärsche der Atomwaffengegner in der Bundesrepublik. Von den Straßenpassanten jedoch nicht besonders beachtet sammelten sich die Teilnehmer ..." Solche Objektivität, dachte ich, verdient beachtet zu werden. Welch ein Rundfunksender, der in all den vielen Straßen, durch die sich die vierzehn verschiedenen Ostermärsche bewegten, seine Korrespondenten aufstellt, um überall die ablehnende Reaktion der Passanten feststellen zu können, zumal doch, so der Südwestfunk-Nachrichtendienst weiter, „die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien diesen Ostermärschen ihre Zustimmung versagt" haben. Und so beschloß ich am nächsten Tag, dem Ostersonntag, die Nachrichten aller für mich erreichbaren bundesdeutschen Sender abzuhören, um zu erfahren, wo es noch solch objektive Meldungen über den Ostermarsch gibt.
Und so erfuhr ich, daß es noch Schlimmeres als mangelnde Objektivität gibt, nämlich: Schweigen. Um 12.05 belehrte mich der Bayerische Rundfunk: „Die deutsche Bundesregierung bereitet weitere Schritte vor, um ihre Friedenspolitik deutlich zu machen. Richtig, dachte ich, wenn der Bayerische Rundfunk in aller Objektivität der Bundesregierung bestätigen kann, daß sie eine Friedenspolitik betreibt, dann ist der Ostermarsch und jede Meldung über ihn überflüssig. Und so war es auch; keine Meldung vom Ostermarsch, der am Morgen in vierzehn Städten fortgesetzt worden war.
Um 12.30 Uhr stellte der Süddeutsche Rundfunk ganz objektiv fest: „Die von der Bundesregierung ... eingeleitete Friedensoffensive soll fortgesetzt werden." Also wußte auch der Süddeutsche Rundfunk, daß die Bundesregierung eine Friedenspolitik betreibt. Keine Meldung vom Ostermarsch. Der Westdeutsche Rundfunk verbreitete in seinem Nachrichtendienst um 12.45 Uhr vorwiegend kirchliche Meldungen. Ich erfuhr beispielsweise, wie Kardinal Frings sich gegen die immer wieder auftauchende und in der Öffentlichkeit verbreitete These wandte, daß die Auferstehung Christi nur eine Sage sei und daß Bischof Dibelius „vor dem modernen Intellektualismus und dem Bildungsstreben gewarnt" habe. Ich erfuhr: „Nur der Glaube an den auferstandenen Christus, erklärte der Bischof, könne die Menschheit erhalten. In unserer Zeit könne die Erlösung nicht vom Diskutieren, sondern nur von der Autorität kommen, über die es nichts zu diskutieren, der gegenüber es nur noch Gehorsam gebe." Richtig, Nachrichtensendungen dienen der Übermittlung von Predigttexten. Und da der Westdeutsche Rundfunk auch noch dringend melden mußte: „Am Abend des heutigen Ostertages werden in vielen Orten des Münsterlandes wieder die traditionellen Osterfeuer angezündet" – darum hatte er keine Zeit mehr für eine Meldung über die vierzehn bundesdeutschen Ostermärsche.
Von 13 Uhr an halfen mir Eheweib und Tonband beim Abhören, damit ich von drei Sendern gleichzeitig – nichts über den Ostermarsch erfuhr. Nichts vom NDR, nichts vom Bayerischen Rundfunk und vom Deutschlandfunk, welche beide statt dessen die „Friedensoffensive" Erhards als objektives Faktum meldeten. Um 14 Uhr, Deutschlandfunk, nichts. Aber der Hessische Rundfunk, alle Achtung, hielt es endlich für berichtenswert, daß „die Ostermärsche der Atomwaffengegner heute fortgesetzt wurden". Und er berichtete sogar Einzelheiten über die Rede eines britischen Unterhausabgeordneten in Hanau. Das war die Ausnahme.
14.45, Südwestfunk: „Bundeskanzler Erhardt kündigte neue Schritte in der deutschen Friedenspolitik an". Nichts über den Ostermarsch, 18 Uhr: nichts. Süddeutscher Rundfunk, 19 Uhr: nichts. Norddeutscher Rundfunk, 19 Uhr: nichts, dafür eine Nachricht über Feierlichkeiten in Irland aus Anlaß einer Revolution, die vor fünfzig Jahren stattfand. Bayerischer Rundfunk: nichts (statt dessen aber eine Meldung über eine Feuerweihe in der Grabkirche von Jerusalem). 19.30 Hessischer Rundfunk, wieder die Ausnahme: „An der zweiten Etappe des Ostermarsches der Atomwaffengegner haben am heutigen Ostersonntag nach Angaben der Veranstalter rund 35 000 Menschen teilgenommen." Für den WDR existieren um 19.45 Uhr die 35 000 Demonstranten nicht – wohl aber die Pilger in der Jerusalemer Grabkirche. Um 20 Uhr belehrt mich der Südwestfunk, daß mein Interesse für den Ostermarsch falsch war, denn: „Im Mittelpunkt des innenpolitischen Interesses" stand ein Interview, das Erhard der „Welt am Sonntag" gegeben hatte.
Dieses Ostersonntagsbeispiel zeigt: die meisten bundesdeutschen Sender wissen sehr gut, was im Mittelpunkt des politischen Interesses zu stehen hat und was nicht. Und danach richten sie sich.
Rufus

oooooooooooooooooooo

Dokument F (108)

Versuche der Kommunisten zur Infiltration im Bundesgebiet

Illegales Agitationsmaterial in hohen Auflagen.

Von unserem Redaktionsmitglied woe. Hamburg, 12. Februar
Mit vier Erscheinungsformen des Kommunismus müssen sich die Verfassungsschutzbehörden in der Bundesrepublik beschäftigen, wie Innensenator Schmidt am Dienstag vor der Presse am Beispiel Hamburgs darstellte.
1. Die illegale KPD strebt die Aufrechterhaltung und Stärkung des verbotenen Parteiapparats im Untergrund an. Ihren Ausdruck findet die kommunistische Aktivität in Hamburg in bestimmten offen erscheinenden Druckschriften, die in strafrechtlich und verwaltungsrechtlich wenig faßbarer Form kommunistisches Gedankengut zu verbreiten suchen. Der Senator nannte in diesem Zusammenhang „Die Andere Zeitung" (Auflage etwa 20 000), die Monatsschrift „Recht und Solidarität" (etwa 2000), die Studentenzeitschrift „Konkret" und „Blinkfüer" (mehr als 20 000).
(...)
3. Kommunistische Tarnorganisationen wollen Bürger und Intellektuelle anlocken und bewußt oder unbewußt in den Dienst der kommunistischen Ziele stellen. Als Schwerpunkte der getarnten Arbeit der KPD/SED nannte Schmidt für Hamburg wie für das Bundesgebiet den DGB, die politischen Par-

teien, vor allem die SPD, aber auch die CDU. Weitere Ziele der Infiltration seien die Konsumgenossenschaften und eine Reihe politisch neutraler Vereinigungen.
Die Internationale der Kriegsdienstgegner, der Verband der Kriegsdienstgegner, die „Ostermarsch-Arbeitsgruppe Hamburg und einige andere pazifistische Organisationen sind nach Angaben des Senator als gefährdet zu betrachten. Tarn- und Hilfsorganisationen seien auch die Deutsche Friedens-Union, der Fränkische Kreis, der Schwelmer Kreis und der Demokratische Kulturbund Deutschlands.
4. Die Agententätigkeit ist wegen der besonderen Struktur Hamburgs als der größten Stadt des Bundesgebietes überdurchschnittlich stark. Schmidt appellierte in diesem Zusammenhang an die Bevölkerung: „Es sollte jeder, der auf irgendeine Weise mit einem östlichen Nachrichtendienst in Berührung geraten ist, den Mut haben, sich sofort dem Landesamt für Verfassungsschutz anzuvertrauen und sich aus dieser Verstrickung befreien."

Antwort der Atomwaffengegner

Die Pressestelle der Arbeitsgruppe Hamburg für den Ostermarsch der Atomwaffengegner bittet um Abdruck nachstehender Notiz:
Die Arbeitsgruppe Hamburg für den Ostermarsch der Atomwaffengegner, die in der Vergangenheit Aktionen gegen die Atomrüstung in West und Ost durchführte, weist die Darstellung von Senator Helmut Schmidt auf der Pressekonferenz am 12. Februar 1963 in Hamburg zurück, die Arbeitsgruppe sei 'gefährdet' (Welt v. 13.2.1963). Die Behauptung im Zusammenhang mit der Berichterstattung über Spionage- und Agententätigkeit stellt eine durch nichts begründete Verdächtigung dar, die nichts mit einer sachlichen politischen Auseinandersetzung zu tun hat.
Der Senator mißbraucht seine Kompetenz als Leiter der Behörde für Inneres, um Ressentiments in der Bevölkerung auszulösen, die eine Auseinandersetzung mit den Gedanken der unabhängigen Atomwaffengegner behindern muß. In einer Demokratie sollte es unmöglich sein, eine politische Opposition in einem Atemzug zu nennen mit Agenten- und Spionagetätigkeit.
Die Arbeitsgruppe erklärt, daß sie weiterhin unabhängig und durch nichts 'gefährdet' ihre Arbeit fortsetzen wird."
(Junge Kirche 1963)

oooooooooooooooooooo

Dokument G (109)

Stellungnahme der SPD-Spitze

Das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich in seiner Sitzung am 22.1.1962 mit den auch in diesem Jahre von einem „Zentralen Ausschuß" geplanten sogenannten „Ostermärschen" beschäftigt. Es hat dabei den schon im vergangenen Jahre am 10. Januar 1961 gefaßten Beschluß des Vorstandes der SPD bestätigt, daß die SPD sich nicht an diesen „Ostermärschen" beteiligt und ihre Mitglieder und befreundete Organisationen auffordert, diese Märsche oder ihre Organisierung nicht zu unterstützen.
Nach Auffassung des Präsidiums der SPD sind die „Ostermärsche" kein geeignetes Mittel, um dem von der Sozialdemokratischen Partei angestrebten Ziel einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung auf der Basis der Gleichwertigkeit näherzukommen. Bei der Anlage dieser Märsche sei es hingegen unvermeidbar, daß diese Aktivitäten – selbst wenn es gegen den Willen der Veranstalter wäre – von Leuten ausgenutzt werden, die ihrerseits eine Politik der atomaren Erpressung betreiben oder unterstützen.
Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer hatte bereits am 22. März 1961 erklärt: „Ich denke nicht daran, den Kampf um die Abrüstung abzuschwächen oder aufzugeben, weil die Kommunisten auch Propaganda mit dem Begriff der Abrüstung treiben, aber ich möchte sicherstellen, daß unser Kampf für die Abrüstung nicht verwechselt und in einen Topf geworfen wird mit dem, was die Kommunisten meinen, wenn sie mit der Abrüstung spielen."
Diese Auffassung gilt nach wie vor."
(Pressemitteilung der SPD, 1962)

oooooooooooooooooooo

Dokument H (110)

Rudolf Rolfs, Rede auf einer Abschlußkundgebung 1962

„Katholiken, Protestanten, Freidenker, Marxisten, Liberale, Konservative, Halbstarke, Professoren, Hausfrauen, Teenager – liebe Mitteilnehmer des Ostermarsches 1962!
Ihnen soll ich hier einige Worte sagen. Zum zweiten Male haben wir in unserem Lande das seltene Erlebnis von Wanderungen geboten. Die Menschen haben wie im Vorjahre an der Straße gestanden und sich gewundert. Sie haben uns auch mitleidig belächelt. Wir haben die Strapazen eines anstrengenden Fußmarsches der Annehmlichkeit eines Osterbratens vorgezogen. Aber aus vielen Fenstern wurde uns ein Bravo zugerufen. Aus vielen vorbeifahrenden Autos wurde uns zugewinkt. Das sollte manchen unserer leisetretenden Politiker stutzig machen, die uns als Ostzonensöldner abtun möchten.
Was für Menschen sind wir, die wir auf den Straßen gewalzt sind? Natürlich sind wir 'arme Irre'. Denn wir sind für eine Idee eingetreten. Wir wissen, daß das in unserem Mitläuferparadies eine Dummheit ist, für eine Idee einzutreten, die das Leben der Menschheit retten soll. Das ist nicht populär.
Populär wäre es hier in Frankfurt gewesen, für das Leben von 2000 gesundheitsgefährdeten Tauben einzutreten. Schlagzeilen und wohlwollendes Schulterklopfen wären uns sicher gewesen. Tierschutz ist bei uns populärer als Menschenschutz.
Aber dann wollen wir lieber 'arme Irre' sein für alle, bei denen es als normal gilt, das Herz in der Brieftasche zu haben und das reine Gewissen im Parteibuch zu verstecken. Man diffamiert uns Ostermarschteilnehmer. Das soll uns stolz machen. Vor Menschen, die man diffamiert, hat man Angst. Man hat nie über Atombomben in Deutschland abgestimmt und man weiß auch, warum man dies nie tat. Noch heute wäre das Abstimmungsergebnis eine Blamage für unser Parlament. Wer uns unterstellt, wir würden kommunistisch ferngelenkt, den möchte ich fragen: Ob unsere Protestaktion im Winter mit denselben Plakaten gegen die sowjetische Bombe etwa auch kommunistisch ferngelenkt war? Ja, fragt man, aber wer bezahlt die Schilder? Der Ostermarsch wurde von den Menschen bezahlt, die hier stehen. Aber persönliche Opfer, die man nicht steuerlich absetzen kann, hält man in unserem profitgierigen Land nicht mehr für möglich.
Und den ausländischen Delegationen wollen wir sagen: 'Erzählen Sie in Ihrem Lande, daß es viele tausend junger Menschen gibt, die ihre Ideale nicht in der Uniform sehen. Hier gibt es viele tausend, die im Wirtschaftswunderland sich Blasen an die Füße laufen, um für den Frieden zu agitieren. Es wären auch noch viel mehr, wenn Parteifunktionäre nicht ihren undemokratischen Zwang ausüben würden. Übrigens: Ich halte es für möglich, daß auch Kommunisten an diesem Marsche teilnahmen. Es haben aber bestimmt viele Theologen am Marsch teilgenommen. Und noch niemand hat behauptet, wir würden vom Vatikan ferngelenkt.
Kommunisten sind Kommunisten, aber sie haben keine Pokken. Wir werden nicht von der Straßenbahnverwaltung ferngelenkt und nicht vom Vegetarierbund – obwohl Straßenbahner ebenso teilgenommen haben wie Vegetarier.
Außerdem haben wir unterwegs debattiert, uns gestritten, uns ereifert. Bei diesem Marsch gibt es keine Mitläufer. In einem

Thema aber waren wir uns einig: das Leben auf dieser Erde ist in Gefahr. Ein Leben nach dem Auslösen der Bombe ist sinnlos. Politiker, die nicht die Vernichtung der Bomben anstreben, sind nach jedem wirklich ethischen Gesetz Verbrecher. (Minutenlanger stürmischer Beifall.)
Es ist klar, es ist traurig, daß es zur Äußerung dieser Sätze uns junger Leute bedarf, Halbstarker, wie man uns Ostermarschteilnehmer gern bezeichnet. Es ist hoffnungsvoll, wenn zu den Halbstarken weite Kreise der Intelligenz gehören. 'Die Jugend unseres Landes hat keine Ideale mehr.' Was ihr nicht sagt! Seht einmal dahin! Es sind allerdings nicht die Ideale von engstirnigen Generalen. Und eines muß noch gesagt werden, um ein Schlaglicht auf unsere Situation zu werfen:
Einige von uns waren unterwegs, um Unterschriften prominenter Mitbürger zu sammeln. Fast jeder der Aufgeforderten bekannte offen seine Sympathie. Aber die meisten haben nicht unterschrieben, weil sie es sich in ihren Stellungen nicht mehr leisten können, offen ihre Meinung zu bekennen. Das ist bitter traurig. Woher soll der Bürger den Mut zur eigenen Meinung nehmen, wenn die sogenannte Prominenz um Gehalt, Pension und Parteibuch bangt?
Man sagt, daß in der Sowjetzone unser Marsch, den wir hier in der Westzone machen, groß herausgestellt wird. Na und? Sollen wir den Propagandareferenten von drüben auf unsere demokratischen Rechte und Pflichten verpflichten? Wollen wir uns von Ulbricht vorschreiben lassen, inwieweit wir das Grundgesetz nur als Papier empfinden sollen? Sollen wir den Kopf in den Sand stecken? Nein, nein und nochmals nein!
Wir werfen unseren Eltern vor, daß sie 1933 nicht gepfiffen haben. Jetzt pfeifen wir. (Laute Pfiffe der Teilnehmer.) Jetzt zu pfeifen ist nationale Pflicht. (Immer wieder Pfiffe.) Jetzt pfeifen ist Notwehr. Wir lieben das Leben, wir lieben die Freiheit, wir hassen die Angst. Deshalb rufen wir leidenschaftlich: Die Bombe muß weg! Das war das, was ich sagen wollte. Wir hoffen außerdem leidenschaftlich, daß sich in Genf der Sinn unseres Ostermarsches erfüllen wird. Ansonsten sind wir beim nächsten Ostermarsch wieder dabei, egal wie hoch die Preise für Schuhsohlen noch steigen sollten."

oooooooooooooooooooo

Dokumen I (111)

Eine kleine Auswahl von behördlichen Behinderungen und Verboten

1960 durfte die Hamburger Marschgruppe wegen der „Feiertagsbestimmungen" sich erst außerhalb der Stadt zu einem Zug formieren, wo er nur noch von wenigen Menschen gesehen wurde.
1961 untersagte das Landratsamt Hilpoltstein die Benutzung von Bundes- und Staatsstraßen, den Vorbeimarsch und Aufenthalt vor Kasernen, Unterkünften und militärischen Anlagen der Bundeswehr und der amerikanischen Streitkräfte sowie jede Kundgebung in Rufweite solcher Anlagen. Dem Marschleiter wurde die Auflage erteilt, sich vor jedem Durchmarsch durch eine Ortschaft mit dem Leiter der Landpolizeistation in Verbindung zu setzen. Der Hamburger Senat verbot einen für den 1. September geplanten Fackelzug.
1962 beschlagnahmte die Düsseldorfer Polizei eine hektographierte Broschüre mit „Ostermarsch-Liedern". In sechs von insgesamt sieben Ruhrgebietsstädten, die der Demonstrationszug erreichte, wurden überraschend in letzter Minute Umleitungen angeordnet, so daß Interessenten den Anschluß an die Demonstration verpassen konnten. In Oberhausen und Essen wurden Sprechchöre und Gesang polizeilich verboten. Einer dänischen und französischen „Ostermarsch"-Delegation wurde die Einreise verweigert. Bei den gesetzlich vorgeschriebenen Anmeldungen der Demonstrationen wurden an verschiedenen Orten die Plakattexte einer ungesetzlichen Vorzensur unterworfen. In Frankfurt forderte das Polizeipräsidium die hessische Marschleitung auf, die Abschlußkundgebung vom Römerberg auf einen Nebenplatz zu verlegen, die vorgesehenen Transparente im Polizeipräsidium vorzuführen und bei der Abschlußkundgebung keine Lautsprecher zu benutzen.
1963 untersagte das Landratsamt Kaiserslautern den Vorbeimarsch an amerikanischen Wohnsiedlungen, die Benutzung von Lautsprecheranlagen sowie die Benutzung folgender Slogans: „Wer Bunker baut, denkt an Krieg", „Unruhe ist die beste Bürgerpflicht", „Ausbildung an Atomwaffen ist Ausbildung zum Massenmord", „Verteidigung der Freiheit durch Mord?" und „Es gibt keinen Luftschutz im Atomzeitalter". Alle Auflagen wurden später vom Verwaltungsgericht Neustadt a.d.W. als rechtswidrig bezeichnet. In anderen Orten wurde der Verkauf von Werbematerial, die Benutzung von Lautsprecheranlagen, die Flugblattverteilung und der Einsatz von Instrumentalgruppen verboten. Zum Hiroshima-Tag am 6. August durften in Hamburg unter Hinweis auf das Wegerecht der Stadt, in Hagen wegen Verkehrsgefährdung keine Flugblätter verteilt werden. Demonstranten, die auf der Düsseldorfer Königsallee spontan einen Sitzstreik durchführten, wurden zu 100,– DM Geldstrafe verurteilt.

oooooooooooooooooooo

Dokument J (112)

„Studenten, Lahmärsche und Karrieremacher, alle mal aufpassen!"

Ostermarschierer, Ostermärtyrer,
Ihr demonstriert für die Zukunft.
In der Gegenwart paßt ihr euch an.
Ihr protestiert gegen die Bombe.
Selber wollt ihr keine legen.
Die Bombe steckt im Detail!
Was tut ihr, wenn der Schaffner kommt?
BEZAHLEN!
Was macht ihr im Selbstbedienungsladen?
BEZAHLEN!
Wozu eigentlich?
Müssen wir verdienen, wenn wir uns bedienen wollen?
Wer die Brieftasche zuhause lassen will,
KLAUT BARGELDLOS!
Ostermärtyrer, wenigstens heute habt ihr euch ein Essen verdient: ein teures Menü im nächsten Luxusrestaurant wartet heute abend auf uns alle. Wer es bezahlt, ist selbst dran schuld.
Wer den Spießer nicht enteignet,
Bleibt es selbst, auch wenn er's leugnet.
Aus: Provokationen. Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965–1971, Darmstadt 1980)

7. Interview mit H. K. Tempel

Interview mit Hans-Konrad Tempel

(H.K. Tempel hat zusammen mit seiner späteren Frau Helga Stolle den ersten Ostermarsch in der Bundesrepublik initiiert.)

FRAGE: Kannst Du kurz skizzieren, wie Ihr selbst zum Protest gegen die Rüstung bzw. zum Pazifismus gekommen seid?

H.K.TEMPEL: Dies ist für uns beide relativ einfach: durch individuelles Nachdenken über unsere Verantwortung für das öffentliche Geschehen – und zwar beide ohne direkten Einfluß von anderen Menschen. Wir sind beide 1952 – also mit zwanzig – zu unterschiedlichen Zeiten in die „Internationale der Kriegsdienstgegner" eingetreten. Von 1953 an haben wir unabhängig voneinander Begegnungen mit Quäkern gehabt. Helga hatte eine sehr intensive Korrespondenz mit der damaligen Schreiberin des Friedensausschusses der deutschen Quäker, Margarete Lachmund, gehabt, die dann auch später im Kuratorium für den Ostermarsch war. Ich selbst habe an verschiedenen Konferenzen – wie Helga auch, an anderem Ort – immer wieder Menschen kennengelernt, die uns sehr imponiert haben durch ihre Art, die Probleme zu sehen und mit Konflikten umzugehen. Wir haben später häufig gehört: das sind Quäker. Diese Begegnung mit den Menschen hat uns beide, parallel zu der Ablehnung des Krieges, die Frage nach dem Sinn des Lebens deutlicher stellen lassen. Später haben wir dann auch beide die Konsequenz daraus gezogen und sind Mitglied bei den Quäkern geworden.

FRAGE: Wie habt ihr die Kampagne „Kampf dem Atomtod" – vor allem aber ihr Ende erlebt? Konntet ihr daraus etwas für den Ostermarsch lernen?

H.K.TEMPEL: Wir hatten, wenn ich mich recht erinnere, beide keinen Kontakt zu den Ausschüssen „Kampf dem Atomtod" und können uns auch nachträglich an keine Aktion, von der einen großen Veranstaltung 1958 in Hamburg abgesehen, erinnern, wo 150 000 Menschen zusammenkamen. Wir haben, denke ich, dreierlei in der Abwehr dieser großen Aktion gelernt, zu der die Menschen aus den Betrieben freigestellt wurden:

1. Wir wollten nichts im Rahmen von Organisationen aufgrund von Beschlüssen irgendwelcher Gremien machen, auf die wir keinen Einfluß hatten.
2. Es kam uns darauf an, nicht nur einmal, wie wir damals sagten, aufzuschreien, sondern ständig etwas zu tun und
3. diese allgemeine Form der Kundgebung, zu der man zusammenkam und bei der große Leute Reden hielten – diese Form sprach uns nicht an. Wir hielten sie nicht für diejenige, die Veränderung bewirken könnte und wir meinten, es müßten direktere Formen der Aktivität gefunden werden.

FRAGE: Der Ostermarsch sollte ein Protest der Einzelnen sein. Kannst Du erzählen, warum das so war und warum ihr die Teilnahme von Organisationen abgelehnt habt?

H.K. TEMPEL: Unser pazifistischer Ansatz, zuerst in der „Internationale der Kriegsdienstgegner" und später im „Verband der Kriegsdienstverweigerer" kam vom Individuellen her. Wir hielten diese Weise, auf Probleme zuzugehen, für richtig und haben sie übernommen. Die Ablehnung von Organisationen geschah in der Ostermarsch-Bewegung nur anfänglich, ich denke bei den ersten beiden Märschen. Später hat die „Kampagne für Abrüstung" oder der „Ostermarsch der Atomwaffengegner" die Unterstützung von Organisationen akzeptiert, wenn ein entsprechender Beschluß des „Zentralen Ausschusses" gefaßt war – dies bezog sich u.a. auf die Falken, die Naturfreundejugend, die kirchlichen Bruderschaften oder den Versöhnungsbund, Gruppen, die den Beteiligten nicht in irgendeinem Verdacht zu stehen schienen. Denn das war einer der beiden Hauptgründe: Die Veranstalter wollten sichergehen,



daß Organisationen sich nicht selbst als Beteiligte erklären, die in der Öffentlichkeit – entweder zu Recht oder zu Unrecht – als kommunistisch oder als Tarnorganisation bezeichnet wurden. Wir wollten damit verhindern, daß unsere Arbeit, die im Ansatz keine kommunistische war, in der Öffentlichkeit so bezeichnet und diffamiert werden konnte. Das zweite war, das habe ich schon im Zusammenhang mit der großen Demonstration in Hamburg angedeutet, wir wollten nicht eine Aktivität, die von irgendwelchen Funktionären den Mitgliedern empfohlen oder sogar dringend nahegelegt wurde. Wir wollten, daß Individuen sich entscheiden, weil wir meinten, daß hier die freie Entscheidung das Entscheidende sei, und daß es nicht darauf ankäme, Ausführende von Beschlüssen irgendwelcher Gremien zu sein.

FRAGE: Karl A. Otto hat in seinem Buch „Vom Ostermarsch zur APO" beschrieben, daß es im „Zentralen Ausschuß" zwei Gruppierungen gab: eine eher pazifistisch orientierte und eine eher sozialistische. War das aus eurer Sicht auch so? Ergaben sich daraus Konflikte? Hatten diese unterschiedlichen Orientierungen auch Auswirkungen auf den gesamten Verlauf der Ostermarschbewegung?

K.H. TEMPEL: Das ist richtig, das muß so gesehen werden. Konflikte – offene Konflikte gab es wenig und zwar erstens, weil wir unsere Auffassungen tatsächlich streckenweise im gemeinsamen Nachdenken entwickelt hatten; zweitens, weil wir Pazifisten sehr viel von den Sozialisten lernen konnten. Ein paar Punkte nenne ich: Sie dachten politischer als wir, Sie hatten Organisationserfahrung – ob bei den Falken oder der Na-

turfreundejugend spielt hier keine Rolle. Sie waren geübt im Umgang mit Arbeitern. Sie hatten gesellschaftsanalytische Vorstellungen die uns überzeugten oder anregten.
Die Frage, ob diese unterschiedlichen Orientierungen auch Auswirkungen auf den gesamten Verlauf der Ostermarschbewegung hatte: ja. Durch das, was wir, die pazifistischen Teilnehmer gelernt hatten von den Sozialisten, wurden unsere Aussagen konkreter und politischer. Dies hatte allerdings eine Konsequenz – ich räume ein, daß ich sie etwas einseitig sah und sehe: Ich hatte den Eindruck, daß wir den alten Stereotypen in immer stärkerem Maße neue Stereotypen entgegensetzten. Wir gingen davon aus, daß das, was die Regierung tat, nicht richtig war und jetzt brachten wir den Leuten, die von uns hörten, richtige Auffassungen bei – so schien es mir. Dies halte ich selbst für sehr problemreich, weil es mir darum ging und geht, Denken in Bewegung zu setzen und nicht zu sagen: Das ist genau das Richtige.
FRAGE: Wenn Du den Ostermarsch heute rückblickend betrachtest, kannst Du da sagen, welche Erwartungen ihr damals mit ihm verbunden habt? Inwieweit sind diese durch den Ostermarsch in Erfüllung gegangen?
H.K. TEMPEL: Wir hofften, die Politiker einerseits nachdenklicher und zögernder zu machen. (Ich denke, wir haben dazu beigetragen, daß die BRD über keine eigenen Atomwaffen verfügt). Wir hofften zugleich auch, in den Politikern den möglicherweise doch vorhandenen Abrüstungswillen bestärken zu können. Und wir hofften, eine sehr große Zahl der Menschen in unserer Gesellschaft dazu bewegen zu können, die politischen Entscheidungen nicht den Politikern zu überlassen, sondern selbst mitzudenken und selbst zu artikulieren was sie davon hielten. Wir hatten allerdings in unserer Arbeit so viel zu tun, daß wir vorwiegend organisierten und nach meiner Meinung zu wenig nachdachten – jedenfalls Helga und ich.
FRAGE: Gerade in den letzten Monaten hat die Friedensbewegung einen ganz großen Zuspruch gefunden. Ihr seid auch wieder dabei. Gibt es Punkte aus denen wir heute in der Friedensbewegung von den Erfahrungen des Ostermarsches lernen können?
H.K.TEMPEL: Ich fühle mich befangen. Ich will trotzdem ein paar Punkte nennen. Ich meine das viel weniger im Sinne von Lernen, als daß es sich lohnt, über bestimmte Punkte nachzudenken oder besser nachzudenken, als das bisher weitgehend geschehen ist. So meine ich, daß die Friedensbewegung der beginnenden sechziger Jahre viel zu wenig im Bewußtsein der heutigen Friedensbewegung verankert ist. Das bedeutet für die heute Aktiven, daß sie sich in keinem sich relativ langsam vollziehenden historischen Prozeß sehen können.
Ich meine, daß Kontinuität in der Aktivität notwendig ist, und daß der Ostermarsch durch seine immer wieder in ähnlicher Form oder in fast gleicher Form ablaufenden Aktivitäten diese Kontinuität über eine ganze Reihe von Jahren hin gezeigt hat, und daß diese Kontinuität ein Element dafür war, daß die Zahlen ständig gestiegen sind. Zugleich aber glaube ich, muß man mitbedenken, daß sich Aktionsformen auch abnutzen können. Ich meine, daß die ständigen Märsche und die besonders am Anfang geringen Variationen zugleich auch den Keim der Stagnation in sich enthalten haben.
Das breitere Spektrum der Beteiligung als damals ermöglicht heute vielfältigere, einfallsreichere Aktivitäten. Ich meine, daß wir heute aufgrund dieses viel breiteren Spektrums der Beteiligung und der breiteren Aktivitätsmöglichkeiten eine größere Chance haben die Bürger zu erreichen, als wir es damals hatten. Nur – diese vielfältigen Möglichkeiten müssen genutzt werden. Ich bin der Ansicht, daß seit der Bonner Demonstration (10.10.81) relativ wenig in dieser Richtung geschehen ist. Noch etwas wichtiges: Damals hatten wir insgesamt auf Bundesebene, jedenfalls bis 1964, relativ wenig Märsche, wenn man das gesamte Gebiet der Bundesrepublik ansieht.
Heute haben wir die Chance, angesichts der viel größeren Offenheit der Öffentlichkeit für diese Fragen, praktisch an jedem Ort zu arbeiten. Das birgt eine ganze Reihe von Gefahren in sich, hat aber nach meiner Meinung immense Vorteile. Erstens: Daß ein Ahrensburger zum Beispiel nicht von Hamburg nach Bergen-Hohne ziehen muß, sondern daß er hier in Ahrensburg, wo man ihn kennt, wo er hoffentlich glaubwürdig ist, Menschen davon überzeugen kann, daß es sich lohnt, für eine Welt ohne Krieg, oder erst einmal ohne Atomwaffen, zu arbeiten.
Zweitens: Wichtig scheint mir auch zu sein, daß wir damals relativ wenig Informationen hatten und daß heute viele Informationen verfügbar sind. Besonders wenn wir am Wohnort arbeiten, ist es eine der gravierendsten Aufgaben, viele – nicht zu viele – aber wichtige Informationen weiterzugeben, die den Menschen bisher nicht ganz bewußt waren oder von denen sie noch nie etwas gehört haben, damit sie sich dann daraus eine Meinung bilden können und zu Schlußfolgerungen kommen können, zu denen sie nicht fähig wären, wenn sie diese Informationen nicht hätten.
Mir fällt gerade ein, daß ich jetzt eigentlich noch etwas zu dem in den 60er Jahren latenten Antikommunismus sagen muß. Wir haben damals über weite Strecken hin sehr unter den Beschuldigungen gelitten, aus dem Osten Gelder gekriegt zu haben oder von dort gesteuert zu sein, was wirklich nicht der Fall war. Der Tatbestand, daß heute die Polenkrise genutzt wird von denen, die gegen uns sind, um die Friedensbewegung in Mißkredit zu bringen, zeigt, daß wir vergleichbaren Schwierigkeiten wie damals unterliegen. Eine große Gefahr würde darin bestehen, uns einzulassen auf das, was in dieser Hinsicht von uns gefordert wird. Ich denke, daß unsere Glaubwürdigkeit nicht davon abhängt, daß wir dem entsprechen, was unsere Gegner uns raten zu sagen, sondern daß wir das sagen und tun, was wir für richtig halten.
(Das Interview wurde von den Autoren im März 1982 geführt.)



Anmerkungen

(80) Vgl. Buro, a.a.O., S. 67ff.
(81) Ebd., S. 67.
(82) Zit. nach ebd., S. 69.
(83) Ebd., S. 69f.
(84) Otto, Karl, A.: Vom Ostermarsch zur APO, a.a.O., S. 145.
(85) Ebd., S. 147.
(86) Ebd., S. 163.
(87) Zit. nach ebd., S. 93.
(88) Diesen Hinweis verdanken wir Klaus Vack!
(89) Zit. nach Becker, Rüdiger: Sag mir, wo die Tauben sind. Nekrolog auf den Ostermarsch. Hörspiel. Bayerischer Rundfunk 1976.
(90) Ebd.
(91) Vgl. Otto, Karl A: Vom Ostermarsch zur APO, a.a.O., S. 134.
(92) Grünewald, Guido: Zwischen Kriegsdienstverweigerer-Gewerkschaft und politischer Friedensorganisation: Der Verband der Kriegsdienstverweigerer 1958-66. Hamburg 1977, S. 90.
(93) Jenke, Robert: Ostermarsch-Nachbetrachtungen. 0.0. 1964.
(94) Zit. nach Otto, Karl A.: Vom Ostermarsch zur APO, a.a.O., S. 137.
(95) Zit. nach ebd., S. 138f.
(96) Zit. nach Die Tageszeitung, 11.9.1981.
(97) Erster Aktionsbrief zum Sternmarsch auf Bonn, hrsg. vom Organisationskomitee. Frankfurt 22.4.1968, zit. nach Otto, a.a.O., S. 172.
(98) Zit. nach ebd., S. 174.
(99) Zit. nach ebd. S. 175.
(100) Zit. nach ebd. S. 175.
(101) Zit. nach ebd., S. 177.
(102) Zit. nach ebd., S. 191.
(103) Zit. nach Pläne. Eine junge Zeitschrift für Politik und Kultur. Dortmund, Nr. 9/10, 1962.
(104) Zit. nach Heipp, a.a.0.
(105) Zit. nach ebd.
(106) Zit. nach Adamek, Karl: Lieder der Arbeiterbewegung. Frankfurt 1981.
(107) ZEIT, 15.4.1966.
(108) Zit. nach JUNGE KIRCHE 1963
(109) Zit. nach ebd., 1962.
(110) Zit. nach Pläne, a.a.0.
(111) Zit. nach Otto, Karl A.: Vom Ostermarsch zur APO, a.a.O., S. 128f.
(112) Zit. nach Provokationen. Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965-1971. Darmstadt 1980.